

FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

www.forumonline.ch

Nr. 227 Januar 2006

In den Stadtrat

Martin Bornhauser (auch als Stadtpräsident)

Esther Rickenbacher

Barbara Thalmann

In den Gemeinderat

SP Uster – Liste 1



Inhalt

«Wir machen uns stark für Uster» Wir wollen die vier Positionspapiere der SP Uster umsetzen – für Sie.	3
«Kultur ist die Schokolade auf dem städtischen Cappuccino» Von Martin Bornhauser, Stadtrat und Kandidat fürs Stadtpräsidium	4
«Ich möchte das Begonnene fortsetzen und zu Ende bringen» Von Esther Rickenbacher, Stadträtin	6
«Uster ist heute eine sehr dynamische Stadt» Von Barbara Thalmann, Gemeinderätin und Kandidatin für den Stadtrat	8
Investierte Steuerfranken kommen mehrfach zurück Von Reto Dettli, Gemeinderat und Fraktionspräsident	10
Mehr Einfluss auf die kantonale Politik ist nötig Von Stefan Feldmann, Gemeinde- und Kantonsrat	11
Alle Kandidatinnen und Kandidaten der SP Uster in der Übersicht	12/13
Artenvielfalt als Zukunftschance Von Patricia Bernet, Gemeinderätin	14
Die Finanzen der Stadt Uster sind gesund Von Rolf Graf, Gemeinderat	15
Einbett-Zimmer sind heute schlicht ein Muss Von Christian Wüthrich, Gemeinderat	16
Integration – heute aktueller als je Von Lennie Grob-Overdulve, Gemeinderätin	17
Sparen in der Bildung zahlt sich nicht aus Von Regula Trüeb, Gemeinderätin	18
Uster braucht sich nicht zu verstecken Von Marc Meyer, Gemeinderat	19
Das Zeughaus-Areal für die Jugend Von Jonas Schmid, Kandidat für den Gemeinderat	20
Einen Beruf erlernen heisst in der Erwachsenenwelt Einzug halten Von Julia Amherd, Kandidatin für den Gemeinderat	21
Der Weg zur Kultur- und Sportstadt Uster Von Balthasar Thalmann, Kandidat für den Gemeinderat	22
Mehr von der SP Uster	23
So wählen Sie richtig	24

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

www.forumonline.ch

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	15'500 Exemplare
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion:	Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredy Gut, Rolf Murbach
Bilder:	Meret Bornhauser
Layout:	Ewald Feldmann
Vertrieb:	Martin Zwysig
Druck:	Ropress Zürich
Erscheinungsweise:	viermal im Jahr

Editorial



Dieser Tage hat die SP Uster die gemeinsam mit der EVP Uster lancierte Volksinitiative für die Einführung von Tempo 30 in den Wohnquartieren eingereicht. Bereits nach zwei Sammeltagen hatten die beiden Parteien die notwendigen 600 Unterschriften zusammen, am Ende waren es dann ohne weitere spezielle Sammelanstrengungen mehr als 1000 Unterschriften. Mit diesem Erfolg haben Sie, liebe Ustermerinnen und Ustermer, ein klares Zeichen gesetzt: Sie wollen mehr Sicherheit für Ihre Kinder und mehr Lebensqualität für alle. Für Ihre Unterstützung bei der Unterschriftensammlung und Ihr Ja bei der wohl Ende Jahr anstehenden Volksabstimmung schon jetzt herzlichen Dank!

Natürlich wird der Initiative im weiteren politischen Prozess Widerstand erwachsen. Wie der aussehen könnte, dafür lieferte die FDP Uster Anfang Dezember eine Münsterchen. Auch die FDP sei «selbstverständlich für Tempo 30», allerdings müsse die Realisation «wesentlich günstiger» als für 1,6 Millionen Franken möglich sein, wie es «Beispiele in vielen Orten der Schweiz» vormachen würden. Ganz abgesehen davon, dass sich die Initiative mit ihrer Kostenberechnung auf ein Konzept des Stadtrates stützt, in welchem die FDP mit drei VertreterInnen sehr gut vertreten ist und zusammen mit der SVP sogar die Mehrheit stellt, möchte ich den freisinnigen WahlkämpferInnen zurufen: Fakten, liebe FDP, bitte Fakten! Welches sind diese «vielen Orte in der Schweiz»?

Ohne ausschliessen zu wollen, dass es tatsächlich solche Orte gibt, so legt zumindest der Vergleich mit diversen anderen, zumeist gutbürgerlich regierten Gemeinden im Kanton Zürich den Schluss nahe, dass es so viele Orte doch nicht sein dürften, die Tempo 30 günstiger realisiert haben, als dies Uster nach der Annahme der Initiative tun würde. Die Gemeinden Gossau, Bubikon oder Zollikon etwa haben sich die Realisierung von Tempo 30 pro Kopf zwischen 70 und 80 Franken kosten lassen, Richterswil 90 Franken, Seuzach oder Wallisellen 140 Franken und die FDP-Hochburg Erlenbach sogar 270 Franken. In Uster schliege die Realisation mit 55 Franken pro Kopf dagegen vergleichsweise günstig zu Buche. Und so viel sollte uns mehr Sicherheit für unsere Kinder auf den Quartierstrassen auch wert sein.

Meinen Sie nicht auch?

Zu den Gemeindewahlen vom 12. Februar 2006

«Wir machen uns stark für Uster»



Stadtratskandidatinnen: Barbara Thalmann (links) und Esther Rickenbacher, zusammen mit Martin Bornhauser, Kandidat für das Stadtpräsidium.

Liebe Ustermerinnen und Ustermer

Vor vier Jahren haben Sie die SP zur stärksten politischen Kraft von Uster gemacht. Dennoch lauteten die Abstimmungsergebnisse im Gemeinderat häufig 20:16 Stimmen gegen die SP (und die EVP, die in vielen Fragen zu einer ähnlichen Einschätzung gelangte, wie die SP-Fraktion). Die städtische Politik war dementsprechend: Kürzung der Ergänzungsleistungen auf den AHV- und IV-Renten, keine Tempo 30-Zonen, keine Schulsozialarbeit, keine Kulturlegi, etc. Immerhin: Da die SP im Gemeinderat das notwendige Quorum besitzt, um gegen jede Vorlage das Referendum ergreifen zu können, war die bürgerliche Mehrheit gezwungen, auf die Meinung der SP Rücksicht zu nehmen und da und dort von ihrer starren Haltung abzuweichen. Trotzdem: Wir wollen mehr – wir wollen mehr Einfluss auf die Politik unserer Stadt. Wir wollen diesen Einfluss nicht für uns, wir wollen diesen Einfluss für die Menschen in unserer Stadt, die nicht so eine kräftige Stimme haben, deren Interessen und Anliegen schnell einmal unter die Räder zu geraten drohen. Diese Menschen sind auf einen Staat angewiesen, der vermittelt und ausgleicht, der Minderheiten schützt und dafür besorgt ist, dass wir eine Gemeinschaft sind – und eine Gemeinschaft bleiben. Denken wir daran: Der Staat, der von bürgerlichen Parteien

schnell verteufelt wird, dieser Staat, das sind wir alle zusammen. Und deshalb wollen wir ihn auch mitgestalten.

Sozialdemokratische Politik basiert nicht auf der Durchsetzung des Rechts des Stärkeren, sondern auf der Überzeugung, dass die besseren Argumente am Ende überzeugen werden. Die SP Uster hat deshalb unter dem Motto «Wir machen uns stark für Uster» in vier Papieren* Position bezogen:

- Für eine Stadt mit gelebter Solidarität
- Für eine Stadt mit hoher Lebensqualität
- Für eine Stadt mit einer guten Schule
- Für eine Stadt mit finanzpolitischem Augenmass

Vier Leitziele die aufzeigen, wo die SP Uster ihre Schwerpunkte in der kommenden Legislatur setzen will: Im Gemeinwesen, bei der Lebensqualität, in der Bildung und bei den Finanzen. Mit diesem Positionsbezug zeigt die SP Uster auf, dass es ihr um Inhalte geht, dass es ihr um eine Diskussion über die Zukunft unserer Stadt geht. Natürlich gehören zu den Positionen auch Personen, die diese Inhalte glaubhaft und wirkungsvoll vertreten. Die SP Uster verfügt glücklicherweise über diese Personen: Mit Stadtrat Martin Bornhauser schlägt sie einen ausgewiesenen, bestens qualifizierten und weit über die

Parteigrenzen hinweg akzeptierten Kandidaten für das Amt des Stadtpräsidenten vor. Mit Stadträtin Esther Rickenbacher und Gemeinderätin Barbara Thalmann präsentiert sie zwei Kandidatinnen für den Stadtrat, die durch ihr politisches Engagement und Fachwissen überzeugen. Die SP Uster will aber auch die wählerstärkste Partei in Uster bleiben. Sie präsentiert auf ihrer Gemeinderatsliste eine grosse Anzahl von Personen, die in ihrer kulturellen, sozialen und politischen Tätigkeit für Uster bereits viel geleistet haben und dies auch weiterhin tun werden.

Am 12. Februar finden in Uster die Ersatzwahlen für den Stadt- und Gemeinderat statt. Sie sind aufgefordert Position zu beziehen: Eine Politik für eine Stadt mit gelebter Solidarität, mit einer hohen Lebensqualität, einer guten Schule und mit finanzpolitischem Augenmass – oder aber bürgerliche Sparpolitik? Sie haben die Wahl.

Lydia Kärrig

Mitglied Geschäftsleitung SP Uster

* Die vier Positionspapiere haben Sie vergangenen Herbst per Post erhalten. Sollten Sie Ihre Exemplar nicht mehr finden oder weitere Exemplare benötigen, so kontaktieren Sie uns: vorstand@sp-uster.ch

Interview mit Martin Bornhauser, Stadtpräsidiumskandidat SP Uster

«Kultur ist die Schokolade auf dem städtischen Cappuccino»

FORUM: Martin Bornhauser, vor vier Jahren haben Dich die Ustermer Stimmberechtigten mit einem sehr guten Resultat in den Stadtrat gewählt. Wie fällt Deine Bilanz der letzten vier Jahre aus?

Martin Bornhauser: Ich bin nach elf Jahren intensiver und erfolgreicher Arbeit im Kantonsrat 2002 in die Gemeindepolitik zurückgekehrt. Ich habe es nie bereut. Das Stadtratsmandat ist die schönste politische Funktion, die ich in meiner langen Karriere ausübte.

Die Bilanz der letzten vier Jahre fällt für mich grundsätzlich positiv aus: Ich konnte die Abteilung Soziales führen und formen – erfolgreich wie unser guter Ruf im Kanton Zürich zeigt. Die Kennzahlen der Ustermer Sozialhilfe präsentieren sich im Vergleich mit anderen Städten durchs Band optimal. Während in anderen Städten die Sozialhilfekosten explodieren, verzeichnet Uster lediglich ein moderates Wachstum. Viel bewirken konnte ich auch im Bereich der Familienergänzenden Betreuung (FEB): Zu Beginn meiner Amtsperiode bestand die FEB aus vier Einrichtungen, heute sind es deren neun. Sie sind untereinander vernetzt und betreuen gegen 400 Kinder.

Trotz dieser erfolgreichen Arbeit in Deiner Abteilung kandidierst Du nun für das Stadtpräsidium. Weshalb? Weil ich mein politisches Engagement auf einer neuen und einflussreicheren Ebene einsetzen will, weil ich mich für eine selbstbewusste, vorwärtsstrebende und blühende Stadt stark machen will.

Welches sind die Ziele, die Du als Stadtpräsident erreichen willst? Was ist Dir besonders wichtig?

Als erstes und wichtigstes will ich, dass Uster sein Entwicklungspotential erkennt. Wir sind mit 30'000 Einwohnerinnen und Einwohner so gross wie Freiburg, Schaffhausen oder Sion. Wir sollten unser Licht also nicht unter den Scheffel stellen, sondern Uster muss in unserer Region eine führende Rolle übernehmen. Und Uster muss, entsprechend seiner Grösse und seiner Wichtigkeit, auch auf die kantonale Politik Einfluss nehmen, so wie Winterthur oder Zürich dies bereits heute tun...



Martin Bornhauser vor der Siedlung Im Lot: «Wichtig ist, dass Uster sein städtebauliches Potential voll ausschöpft.»

...und wie soll diese Einflussnahme geschehen?

Der Kontakt zu kantonalen Verwaltungsstellen ist für eine Gemeinde enorm wichtig, besteht doch ein grosser Teil des «daily business» aus dem Vollzug von übergeordnetem Recht. Ich habe natürlich den grossen Vorteil, dass ich aus meiner Zeit als Kantonsratspräsident alle Regierungsrätinnen und Regierungsräte persönlich kenne und mit ihnen per Du bin. Ich bin sicher, dass ich bei ihnen jederzeit offene Türen vorfinden werde und Anregungen und Wünsche unserer Stadt ganz oben deponieren kann.

Uster muss, entsprechend seiner Grösse, auf die kantonale Politik mehr Einfluss nehmen.

Wir sind bei Deinen Zielen als Stadtpräsident stecken geblieben...

Genau. Mir ist wichtig, dass Uster sein städtebauliches Potential voll ausschöpft. Hier ist der Stadtrat bereits auf einem guten Weg, etwa was die Wiederentdeckung und Aufwertung des Aabachs oder was die geplante Umgestaltung des Stadtparkes betrifft. Im Kern geht es endlich vorwärts und mit dem Zeughausareal und auf dem Zellweger-Campus könnten neue Stadtteile mit einer bunten Mischung aus Arbeiten, Wohnen und kulturellem Schaffen entstehen. Diesen Plänen zum Durchbruch zu verhelfen, sehe ich als meine Aufgabe als Stadtpräsident.

Weiter will ich mich für ein vielfältiges Kul-

turangebot einsetzen, dazu gehört für mich explizit auch eine gut ausgestattete Bibliothek, welche heute eindeutig zu kurz kommt. Zur Kulturförderung gehört auch, dass die Vereine, die das Rückgrat des kulturellen Lebens bilden, gefördert werden und ihre Unterstützung nicht auf dem Steuerfuss-Altar geopfert werden. Gleiches gilt natürlich auch für Sport- und andere Vereine: Sie sollen von der Stadt Uster eine möglichst gute Unterstützung erhalten, denn ein umfangreiches Sport- und Freizeitangebot ist wichtig für eine urbane Stadt.

Ein grosses Anliegen ist mir schliesslich, dass wir unsere

Stadt als Gemeinschaft verstehen. Die Menschen sollen sich begegnen, Anteil nehmen, sich gegenseitig unterstützen. Gemeinschaften, die in Quartieren oder Aussenwachen gelebt werden – und durch Quartier- und Ortsvereine gefördert werden – sind die Grundlage dafür, dass das, was im Kleinen funktioniert, auch im Grossen gelebt wird.

Als Stadtpräsident wärs Du ja auch für die Kultur verantwortlich. Die Kultur steht von bürgerlicher Seite bei knappen Finanzen schnell mal zur Disposition. Auch in Uster hat zum Beispiel die Partei Deines Hauptkonkurrenten Versuche unternommen, die Villa am Aabach zu schliessen oder den Kulturbeauftragten zu streichen. Darum die Frage: Wie hältst Du es mit der Kultur? Ist Kulturförderung Aufgabe der Stadt?

Kultur ist die Schokolade auf dem städtischen Cappuccino. Kunst in ihren vielen Formen regt uns an, über uns und andere nachzudenken. Kultur bietet Lebensqualität und erhöht die Attraktivität einer Gemeinde. Und das Kulturangebot ist nicht zuletzt ein wichtiger – wenn nicht der wichtigste – Standortvorteil einer Stadt. Und deshalb ist Kulturförderung selbstverständlich Aufgabe der Stadt.

Der Gemeinderat hat im Jahr 2000 ein Kulturkonzept verabschiedet. Es fasst Ideen und Projekte zusammen und listet zu ergreifende Massnahmen auf. Ich halte das Konzept für eine sehr gute Grundlage, das muss nicht neu erfunden werden, sondern es muss nur noch fertig umgesetzt werden. Es kann und darf nicht sein, dass

jetzt SVP-Politiker die Kultur zu Gunsten eines tiefen Steuerfusses opfern. Ich bin sehr froh und dankbar, dass das bislang verhindert werden konnte. Ich will mich dafür einsetzen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Wenn ich mir das Kulturangebot der Stadt Uster anschau, so kann ich feststellen, dass es bereits heute reichhaltig, vielfältig und bunt ist. Ich denke an die Villa am Aabach, an den Qbus, den Musikcontainer, die Kulturgemeinschaft Uster, das Kufki, ich denke an viele Ustermer KünstlerInnen, die teilweise über die Schweizergrenze hinaus bekannt sind. Es ist wichtig, dass der Kulturbeauftragte mit einem effizienten Kulturmarketing auf dieses bestehende Angebot aufmerksam macht und evaluiert, wo die Unterstützung verbessert werden kann und muss. So kann Uster trotz der grossen Konkurrenz der Stadt Zürich auch kulturell bestehen.

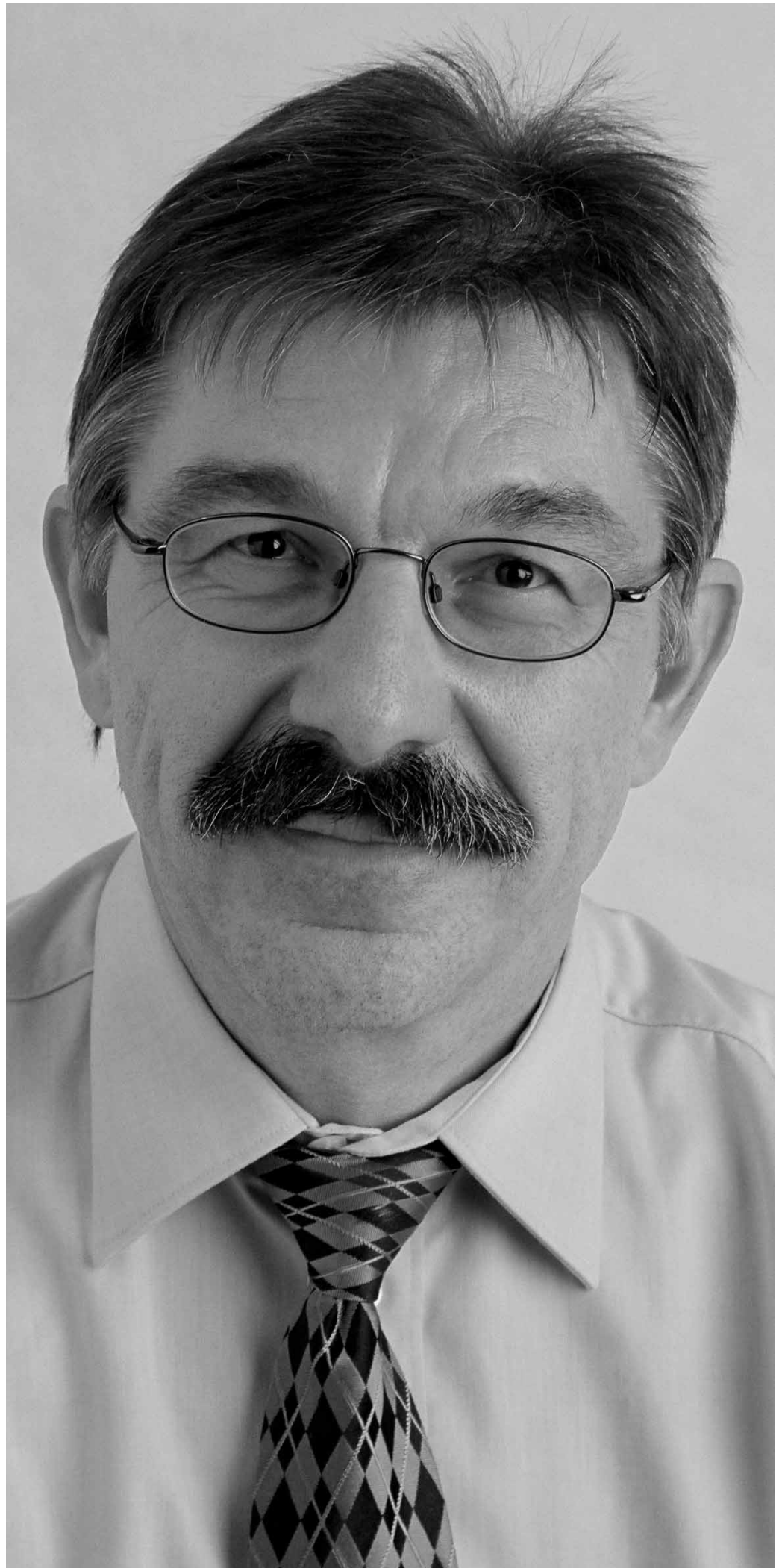
Du wärst der erste Sozialdemokrat an der Spitze der Stadt Uster, müsstest aber mit einer mehrheitlich bürgerlichen Stadtregierung zusammenarbeiten. Hast Du keine Angst, dass Du dann als Stadtpräsident immer wieder Positionen vertreten musst, die Du eigentlich nicht teilst?

Natürlich wird dies immer wieder mal passieren, dass ist eben Teil des Kollegialitätsprinzips, das ist Teil unserer politischen Kultur. Und so werde ich als Stadtpräsident Beschlüsse des Stadtrates loyal mittragen, auch wenn sie nicht immer meinen Vorstellungen entsprechen. Aber natürlich will ich im Stadtrat Einfluss nehmen und versuchen, meine Visionen zu denjenigen des Stadtrates zu machen.

Allen politischen Fesseln zum Trotz will ich mir aber gedanklichen Spielraum offen halten. Ich will daher ein Forum schaffen, das sich frei von allen politischen Fesseln Gedanken macht über die Entwicklung unserer Stadt. Eine eigentliche Denkwerkstatt, die vorausdenkt und vorausseilt. Es soll der Motor der künftigen Entwicklung dieser Stadt sein. Bremsen haben wir genug.

Kannst Du abschliessend mit einem Satz sagen, weshalb man Dich wählen soll?

Weil ich mit meinem grossen politischen Wissen, meiner politischen Erfahrung, meinen hervorragenden Beziehungen in die kantonale Politik, meinen vier Jahren Stadtraterfahrung, meiner Führungsqualitäten, meiner breiten Unterstützung und Akzeptanz über alle Parteigrenzen hinaus, meiner vorausschauenden und nicht polarisierenden Politik mit hohem Realitätssinn, fast alles mitbringe, was es für dieses Amt braucht.



Interview mit Esther Rickenbacher, Stadtratskandidatin (bisher) SP Uster

«Ich möchte das Begonnene fortsetzen und zu Ende bringen»

FORUM: Esther Rickenbacher, vor vier Jahren haben Dich die Ustermer Stimmberechtigten mit einem sehr guten Resultat in den Stadtrat gewählt. Wie fällt Deine Bilanz der letzten vier Jahre aus?

Esther Rickenbacher: Es handelte sich um arbeitsintensive, interessante und lehrreiche Jahre. Ich kam ja bereits mit einiger politischer Erfahrung in den Stadtrat, so etwa aus meiner Zeit als Mitglied des Gemeinderates. Doch der Wechsel in die Exekutive war eine Herausforderung, ist der Stadtrat als Kollektivbehörde doch dazu gezwungen, sich zu finden, konkrete Lösungen zu erarbeiten. Gegenseitige Achtung und Respekt trotz unterschiedlicher Meinung sind unabdingbar für eine erfolgreiche Tätigkeit des Stadtrates. Ich denke, der aktuelle Stadtrat hat das gut verstanden: Ich habe die Arbeit und das Klima im Gremium gut und konstruktiv erlebt. Selbstverständlich gab es immer wieder harte Diskussionen in der Sache selbst. Und hin und wieder galt es auch Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren, die nicht meiner Überzeugung entsprachen. Auch das war sehr lehrreich...

In den vergangenen vier Jahren gab es in Deiner Abteilung sehr viel Arbeit, sehr viele Projekte, die auf den Weg gebracht werden mussten.

Ja, das stimmt. Eine grosse Herausforderung war, für die drei Geschäftsfelder – Betreutes Wohnen, Gesundheit und Sport – Leistungsaufträge zu erstellen. Das war aufwändig, aber sehr hilfreich: Die intensiven Diskussionen über Art und Umfang der Leistungen, die wir erbringen, führte bei allen Beteiligten, seien es nun Mitarbeitende oder aber auch Behördenmitglieder, zu einem besseren Verständnis und einer grösseren Akzeptanz für die Arbeit der Verwaltung. Neben der üblichen Arbeit meiner Abteilung standen in der vergangenen Legislatur auch drei grosse Projekte an: Zum einen habe ich das Geschäftsfeld Sport reorganisiert. Die Abläufe wurden vereinfacht und die Verantwortlichkeiten präzisiert. Die neuen Abläufe sind inzwischen im Alltag erprobt und die Bilanz fällt positiv aus. Zum anderen habe ich den Aufbau einer einheitlichen Leitung für alle Heime der Stadt Uster vorangetrieben und ich bin damit sehr zufrieden. Schliess-



Esther Rickenbacher im Seebad Uster: «Ein massvoller Ausbau der öffentlichen sportlichen Infrastruktur erscheint mir sehr wichtig.»

lich haben wir jetzt auch die überfällige Sanierung und moderate Erweiterung des Krankenhauses Im Grund an die Hand genommen.

Du stehst einer Abteilung vor, welche ein sehr breites Spektrum an Themen abdeckt, vom Abfall über den Sport bis hin zur Alterspflege und zum Spital. Ist diese Verschiedenartigkeit der Aufgaben nicht manchmal etwas schwierig?

Die Abteilung Gesundheit/Sport weist in der Tat ein weites Spektrum an Aufgaben auf. Ich muss aber sagen, dass mir eben genau diese Vielfältigkeit besonders gut gefällt. Und mir gefällt auch

Besonders ans Herzen gewachsen ist mir das Geschäftsfeld Betreutes Wohnen.

sehr, dass bei allen Aufgaben «meiner» Abteilung der Mensch sehr klar im Mittelpunkt steht, seien es nun die alten Menschen in den Heimen, sportbegeisterte Personen, denen wir die notwendige Infrastruktur zur Verfügung stellen, oder aber einfach die Einwohnerinnen und Einwohner unserer Stadt, für die wir die Haushaltabfälle entsorgen oder die Qualität der Lebensmittel sicherstellen.

Gibt es einen Bereich, der Dir besonders am Herzen liegt?

Besonders ans Herzen gewachsen ist mir das Geschäftsfeld Betreutes Wohnen. Zum einen habe ich mich in den vergangenen vier Jahren bei der

Zusammenlegung der Heime oder bei der Schaffung von interdisziplinären Teams in der Spitex sehr stark mit diesem Thema auseinandergesetzt. Zum anderen geht es hier aber auch um alte Mitmenschen, die einen Lebensabend in Würde und Respekt verdient haben.

Jetzt kandidierst Du für eine zweite Amtsperiode. Welche Ziele willst Du in den nächsten vier Jahren erreichen?

Grundsätzlich möchte ich das Begonnene fortsetzen und konsolidieren. In einer Zeit, in der die finanziellen Mittel knapper werden, muss intensiv darüber nachgedacht werden, wie diese Mittel sinnvoll eingesetzt werden.

An diesem Prozess würde ich gerne weiter teilnehmen. Und dann gibt es bereits begonnene Projekte, die ich gerne zu Ende führen möchte. Das ist natürlich die Erweiterung und Renovation des Krankenhauses Im Grund. Auch ein massvoller Ausbau der öffentlichen sportlichen Infrastruktur erscheint mir sehr wichtig. Des Weiteren möchte ich die Einführung einer Grünabfuhr prüfen. Es gibt immer mehr Leute, die die Küchenabfälle ökologisch entsorgen möchten, aber nicht über einen eigenen Kompost verfügen.

Du möchtest also in Deiner Abteilung bleiben? Keine Wechselgelüste?

Wie gesagt: Ich möchte die Arbeit in meiner bisherigen Abteilung fortsetzen. Es gibt sicherlich auch andere reizvolle Abteilungen. Aufgrund meiner Erfahrungen aus beruflicher und politischer Sicht könnte ich mir zum Beispiel auch die Bauabteilung vorstellen.

In Deinem Artikel in der letzten FORUM-Ausgabe hast Du Dich für eine Stadt mit hoher Lebensqualität stark gemacht. Tönt gut, aber wie erreichen wir das?

Der überdurchschnittliche Zuzug von neuen Einwohnerinnen und Einwohner zeigt, dass die Lebensqualität in Uster bereits heute einen guten Stand aufweist. Die Anstrengungen der Stadt müssen nun darauf abzielen, diese zu erhalten oder gar zu steigern. Zu erreichen ist dies in erster Linie durch eine umsichtige Planungspolitik, insbesondere durch eine sinnvolle Nutzung des Zeughausareals. Die SP Uster hat sich bereits im Jahr 1989 über eine sinnvolle Nutzung dieses Are-

als Gedanken gemacht. Was damals wie ein Griff nach den Sternen anmutete ist heute greifbar.

Deutlich steigern lässt sich die Lebensqualität der EinwohnerInnen sowie die Sicherheit für unsere Kinder auch durch Tempo 30-Zonen in den Wohnquartieren. Erfahrungen aus anderen Gemeinden zeigen, dass diese Zonen zügig und kostengünstig realisiert werden können. Ich bin der SP Uster dankbar, dass sie dieses Thema gemeinsam mit der EVP durch eine Volksinitiative auf den Tisch bringt.

Du bist als Sozialdemokratin Mitglied in einer mehrheitlich bürgerlichen Regierung. Fällt es Dir manchmal schwer, für etwas hin stehen zu müssen, dass Du so nicht vertreten möchtest? Ich denke da, zum Beispiel an die Sparpolitik.

In der Tat fällt es mir manchmal schwer, solche Entscheide mitzutragen. In der Diskussion versuche ich jeweils als Sozialdemokratin mit fundierten Argumenten eine Änderung der eingeschlagenen Richtung zu bewirken – natürlich mit unterschiedlichem Erfolg. Der seit zwei Jahren praktizierte Sparkurs bereitet mir durchaus Sorgen, weil er den Handlungsspielraum der Stadt spürbar einschränkt. Dies dann der Bevölkerung und den Betroffenen erklären zu müssen, fällt mir oft sehr schwer.

Du hast Dich schon früh in der Frauenbewegung engagiert, hast unter anderem den Frauenstreiktag von 1991 organisiert. Themen wie Gleichberechtigung stehen heute nicht mehr gross im Vordergrund. Wurden die Ziele erreicht oder siehst Du hier immer noch Handlungsbedarf?

Die Entwicklung der letzten 15 Jahren ist sicher positiv zu bewerten, aber es besteht immer noch Handlungsbedarf. Frauen investieren heute mehr in ihre Ausbildung, dennoch zahlt sich das immer noch ungenügend aus: Die Zahl der Frauen in Kaderpositionen in privaten Unternehmen aber auch in der Verwaltung ist immer noch sehr gering. Nach wie vor verdienen sie auch weniger. Auch die Doppelbelastung durch Erwerbs- und Familienarbeit belastet – trotz ausgebautem Angebot an Teilzeitstellen und Unterstützungsleistungen in Form von Krippen und Horten – grossmehrheitlich die Frauen. Bis zur wirklichen Gleichstellung haben wir also noch einen weiten Weg vor uns.

Kannst Du abschliessend mit einem Satz sagen, weshalb man Dich wählen soll?

Meine Ausbildung als Juristin, meine Berufserfahrung als Richterin, meine Lebenserfahrung als alleinerziehende Mutter sowie meine vierjährige Erfahrung als Stadträtin geben mir ein gutes Rüstzeug, um mich mit ganzer Kraft auch in Zukunft für das Wohl der EinwohnerInnen Usters einzusetzen.



Interview mit Barbara Thalmann, Stadtratskandidatin SP Uster

«Uster ist heute eine sehr dynamische Stadt»

FORUM: Barbara Thalmann, Du sitzt nun seit acht Jahren im Gemeinderat. Jetzt kandidierst Du für den Stadtrat. Was reizt Dich an diesem Amt?

Barbara Thalmann: Ich glaube, dass man in einer Exekutive noch näher am konkreten Geschehen ist, als im Gemeinderat. Unsere Stadt macht seit einigen Jahren eine enorme Entwicklung durch, es gibt viele Themen, denen sich die Stadt stellen muss, Probleme, die sie lösen muss. Die geschieht zu einem grossen Teil in den Abteilungen der Stadtverwaltung. Mir hat es schon immer gefallen, mit verschiedenen Leuten nach Ideen und Lösungen zu einem bestimmten Thema zu suchen. Ich möchte im Stadtrat einen Beitrag leisten, dass die Stadt Uster die Chancen, die sich ihr bieten, nutzen kann.

Für welche Ziele möchtest Du Dich im Stadtrat besonders einsetzen?

Von meinem bisherigen Hintergrund her interessieren mich die Themen Stadtentwicklung, Schule und Kultur. Gerade bei der Stadtentwicklung ist in den letzten Monaten mit dem neuen Konzept des Stadtrates vieles neu ins Rollen gekommen, bewegt sich in eine viel versprechende Richtung. Als Stichworte seien das Zeughausareal, der Zellweger-Campus oder die Aufwertung des Aabachs genannt. Hier mit meinem beruflichen Hintergrund einen Beitrag zur Umsetzung leisten zu können ist sehr reizvoll. Auch im Bildungsbereich sind einige Projekte am Laufen, die in die Umsetzungsphase kommen werden. Und auch wenn die Zuständigkeit für diesen Bereich bei der Schulpflege liegt, so soll und kann der Stadtrat hier Unterstützung bieten.

In Deinem Artikel in der letzten FORUM-Ausgabe hast Du Dich für eine urbane Stadt stark gemacht. Was meinst Du damit genau?

Ich bin in Uster aufgewachsen und es war damals trotz 20 000 oder 22 000 Einwohnerinnen und Einwohner ein grosses Dorf. Das schlug sich ja auch in der Sprache nieder: «Ich gehe in die Stadt», damit war Zürich gemeint. In den letzten Jahren ist aber Uster nicht nur stark gewachsen sondern es hat auch ein Prozess der Urbanisierung eingesetzt. Uster ist heute eine sehr dynamische



Barbara Thalmann vor der Siedlung Sonnenberg: «Usters Dynamik zeigt sich auch in der Baukultur.»

Stadt. Das zeigt sich im kulturellen Leben, in der Vielfalt der Wohnformen, in der Baukultur, überhaupt in einer grossen Zahl von Aktivitäten und Projekten. Uster ist als Wohnort sehr attraktiv geworden, gerade auch für Menschen die diese Urbanität, gepaart mit den nahen Erholungsgebieten wie den Greifensee, schätzen. Diese Dynamik ist eine riesige Chance für unsere Stadt, wenn es ihr gelingt, die vielfältigen Potentiale, die sich da entfalten, zu bündeln und zu fördern.

Natürlich bringt diese Urbanität auch Probleme mit sich. Negativ sind beispielsweise der zusätzliche Verkehr, die grösser werdende Anonymität,

Tempo 30-Zonen bringen mehr Sicherheit für unsere Kinder.

die sich daraus ergebenden oder sich dadurch verschärfenden sozialen Probleme. Diesen Problemen muss sich die Stadt Uster stellen, muss sie auffangen oder in geordnete Bahnen lenken. Aber gerade wegen der Dynamik, die Uster hat, wird dies auch gelingen, davon bin ich fest überzeugt. Im Stadtrat daran mitzuwirken, dass die Chancen genutzt und die Probleme einer Lösung zugeführt werden, das ist das was mich reizt, was mich motiviert.

Als Mutter von vier Kindern ist Dir eine kinder- und familienfreundliche Stadt ein besonderes Anliegen. Wo siehst Du hier Handlungsbedarf?

Der Verkehr ist eine grosse Belastung für die Kinder. Ich möchte, dass sie sich frei in der Stadt auf einem gut ausgebauten Fussgänger- und Radwegnetz bewegen können. Und ich will, dass die Eltern nicht ständig fürchten müssen, dass ihren Kindern etwas zustossen könnte. Deshalb habe ich gemeinsam mit anderen die «Volksinitiative für die Einführung von Tempo 30 in den Wohnquartieren» lanciert, weil Tempo 30-Zonen erwiesenermassen mehr Sicherheit für unsere Kinder bringen, aber auch mehr Lebensqualität für alle Bewohnerinnen und Bewohnern in den Wohnquartieren.

Je dichter das Siedlungsgebiet wird – auch eine Folge der steigenden Urbanität – desto wichtiger sind zudem Freiräume, in denen sich Kinder aufhalten und spielen können. Und auch für Kinder gilt: Ein grosses Angebot an kulturellen, sportlichen und kinderbezogenen Angeboten zur Freizeitgestaltung erhöht die Lebensqualität und erweitert den Horizont.

Wenn wir gerade bei Deiner Familie sind: Du hast eine grosse Familie, ein eigenes Architekturbüro, engagierst Dich für den genossenschaftlichen Wohnungsbau und die Kultur. Wie willst Du das alles mit einem Stadtratsmandat unter einen Hut kriegen?

Ich werde wohl im beruflichen Teil kürzer treten müssen. Familie, Kultur und Freizeit gehen sehr oft Hand in Hand, so dass das gut zu meistern ist. Auch sind meine Kinder jetzt in einem Alter, wo sie eine gewisse Selbständigkeit erreicht haben und keine ständige Beaufsichtigung mehr benötigen. Und sehr hilfreich ist natürlich, dass der Rhythmus der Stadtratsitzungen auf die Schulferien abgestimmt ist...

Du hast Dich in Deiner bisherigen Karriere neben Bildungsfragen vor allem auch in Raumplanungsfragen engagiert. Ich nehme an, die Bauabteilung wäre Dein Wunschressort?

Es ist die Abteilung, die am meisten Bezüge zu meinem Beruf und meinem bisherigen politischen Engagement hat. Die Bauabteilung – zu welcher ja die bisherigen Abteilungen Raumordnung und Hochbau zusammengefasst werden –

ist aber auch für mich als Fachfrau herausfordernd: Es gibt den Hochbau, den Tiefbau, technische Infrastrukturanlagen wie die ARA, das Baurecht mit seinen unzähligen Spezialfällen. Da gibt es vieles, was auch ich mir zuerst erarbeiten müsste. Was aber die strategische Ausrichtung der Stadtplanung und der Stadtentwicklung betrifft, habe ich sicherlich einiges an Wissen, an Ideen und an Umsetzungserfahrung mit einzubringen.

Und wenn der Bau nicht zu haben ist? Könntest Du Dich auch mit der Abteilung Soziales oder der Sicherheit anfreunden?

Ja. Ohne die Offenheit gegenüber anderen Bereichen hätte ich mich gar nicht für eine Kandidatur zur Verfügung gestellt. Ich habe in den letzten acht Jahren als Gemeinderätin gesehen, was in den einzelnen Abteilungen im Groben alles läuft und kann mir deshalb grundsätzlich jedes Ressort vorstellen. Natürlich bräuchte es in jedem Bereich eine gewisse Einarbeitungszeit. Aber diese Art von Weiterbildung reizt mich auch.

Im Gemeinderat konntest Du bislang Deine Position oder die Deiner Fraktion eins zu eins vertreten. Im Stadtrat wäre dies nicht mehr so ohne weiteres möglich, hier müsstest Du die Position des Stadtrates vertreten, selbst wenn sie nicht die Deine ist. Keine Angst davor?

Ich müsste mich sicherlich an diese Rolle gewöhnen, aber Angst macht sie mir nicht. Zum Glück kann ich andere Argumente, wenn sie nicht gerade total abstrus sind, in der Regel gut nachvollziehen und zumindest verstehen, warum jemand in einem bestimmten Punkt anders denkt und anders entscheidet als ich. So gesehen denke ich, dass ich trotz gegenteiliger Überzeugung schon in der Lage bin, Entscheide, welche der Stadtrat als Kollegialitätsbehörde gefällt hat, mitzutragen. Ich bin im übrigen aber auch der Meinung, dass die Bevölkerung spüren darf, ob ein Exekutivmitglied als Mitglied eines Gremiums einen Entscheid loyal nach aussen vertritt oder ob es sich um eine Sache handelt, die er oder sie wirklich mit Herzblut vertritt. Es gibt einen Unterschied zwischen «der Stadtrat ist der Meinung» und «ich bin der Meinung»...

Kannst Du abschliessend mit einem Satz sagen, weshalb man Dich wählen soll?

Ich hoffe, nach acht Jahren im Gemeinderat über genügend politische Erfahrung zu verfügen und bin motiviert, mich und meine Ideen von einer urbanen, sozialen und kindergerechten Stadt mit hoher Lebensqualität im Stadtrat einzubringen.



Gemeinderatswahlen: Reto Dettli zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Investierte Steuerfranken kommen mehrfach zurück

In immer mehr Familien sind beide Eltern erwerbstätig, die Anzahl der alleinerziehenden Personen nimmt zu. Ob die Erwerbstätigkeit beider Eltern rein ökonomische Gründe hat – weil ein Einkommen nicht reicht – oder weil beide Eltern nach der Familiengründung in ihrem Beruf weiterhin tätig sein und sich die Betreuungsaufgaben teilen wollen, spielt eine untergeordnete Rolle. Tatsache ist, dass sich unsere Gesellschaft verändert und viele Eltern bei einer gleichberechtigten Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf fast unüberwindbare Hindernisse stossen.

Von Reto Dettli

Die Situation von berufstätigen Eltern in der Schweiz ist schwierig. Teilzeitstellen sind beschränkt, Karrieremöglichkeiten in Teilzeitanstellung sind praktisch nicht möglich. Zudem bringt ein Vollzeiteinkommen aufgrund der besseren Karrieremöglichkeiten meist mehr Geld in den Haushalt als zwei 60-Prozent-Anstellungen. Die Stimmberechtigten der Stadt Uster haben im Jahr 2003 mit aller Deutlichkeit einem wiederkehrenden Kredit für die familienergänzende Betreuung zugestimmt. Dies unter Kenntnis der aktuellen Situation und im Bewusstsein, dass die klassische Aufgabenteilung in den Familien – Papi sorgt für das Einkommen, Mami für das Gedeihen der Kinder – für viele Familien nicht mehr einer idealen Aufgabenteilung entspricht. Das Angebot an Krippen- und Hortplätzen hat sich seit dem positiven Volksentscheid vergrössert. Es ist aber absehbar, dass die heutigen Kapazitäten bald nicht mehr reichen. Eine kürzlich durchgeführte Erhebung der Primarschulpflege zeigt, dass die Nachfrage nach familienergänzender Betreuung schulpflichtiger Kinder das Angebot deutlich übersteigt.

Wirtschaftliches und soziales Potential nutzen
Für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Eltern müssen die Rahmenbedingungen auf verschiedenen Ebenen verbessert werden. Etliche Unternehmen haben erkannt, dass sie sich das bestehende Know-how von Frauen und Männern auch während der intensiven Erziehungsphase mit kleinen Kindern sichern wollen und bieten attraktive Teilzeitstellen an. Auch die Stadt Uster muss sich überlegen, welche Massnahmen nötig sind, damit das wirtschaftliche und soziale Potential der arbeitswilligen Eltern für unsere Wirtschaft genutzt werden kann.



Reto Dettli vor dem Chinderhuus Im Werk: «Ich mache mich stark für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.»

Aktuelle Untersuchungen in grösseren Städten zeigen, dass sich jeder in familienergänzende Betreuung investierte Steuerfranken bezahlt macht, weil ein Mehrfaches davon als Steuereinnahmen wieder zurück fliesst.

Als Geschäftsleitungsmitglied eines mittelgrossen Beratungsunternehmens (Teilzeit) und Vater von zwei Kindern – mit Betreuungspflichten auch unter der Woche – stehe ich mitten in beiden Welten und versuche den Anforderungen von Familie und Beruf täglich gerecht zu werden. Ein nicht ganz einfaches Unternehmen! Gemeinsam mit der SP-Fraktion werde ich mich deshalb in der kommenden Legislatur im Gemeinderat stark machen für:

- 4-stündige Blockzeiten an allen Schulen an Stelle der heutigen 3-stündigen «Blöckzeiten».
- Mittagstische und andere Formen der schulergänzenden Betreuung in Randstunden
- Bedarfsgerechten Ausbau der Hortplätze und eine flexiblere Ausgestaltung der Betreuung in den Horten
- Eine Tagesschule in Uster.

Tagesschule auch für normalbegabte Kinder
Es ist ein erklärtes Ziel der sozialdemokratischen Partei der Stadt Uster, so bald als möglich eine

Tagesschule in Uster zu realisieren. Was heute für künstlerisch und sportlich hochbegabte Kinder in der Kunst- und Sportschule Uster möglich ist – nämlich ein den Bedürfnissen ihres Sportes oder ihres künstlerischen Engagements angepasster Stundenplan unter finanzieller Beteiligung der Eltern – soll auch für «normalbegabte» Kinder zur Realität werden: Ein Betreuungsangebot, das ein hohes Mass an Konstanz und Sicherheit für die Kinder bietet, eine Schule, die den Anforderungen von berufstätigen Eltern gerecht wird; eine Schule, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Mit anderen Worten: eine Tagesschule.

Die familienergänzende Betreuung ist und bleibt eine Voraussetzung für die Gleichberechtigung von Frau und Mann – in der Wirtschaft wie im Familienleben.

Reto Dettli (1964, Oberuster) ist dipl. Inge-nieur ETH und Partner in einem Beratungsunternehmen. Seit 2002 gehört er dem Gemeinderat an und ist Mitglied der Kommission Planung und Bau. Er präsidiert die SP-Gemeinderatsfraktion. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 2.

Gemeinderatswahlen: Stefan Feldmann zur Rolle Usters im Kanton Zürich

Mehr Einfluss auf die kantonale Politik ist nötig

Die Stadt Uster hat in den letzten 15 Jahren eine enorme Entwicklung durchgemacht: Es ist von einer Landstadt am Greifensee zu einem eigenen regionalen Zentrum geworden. In der Politik hat sich dies noch nicht niedergeschlagen. Während die beiden grösseren Städte Zürich und Winterthur ihren Einfluss auf die kantonale Politik geltend machen, steht die Stadt Uster hier noch immer abseits. Dies muss sich ändern. Und kann es auch – dank der Wahl des richtigen Mannes zum Stadtpräsidenten.

Von Stefan Feldmann

Jedes Mitglied des Gemeinderates merkt schon nach kurzer Zeit, dass der Handlungsspielraum als Kommunalpolitiker so gross nicht ist: Gegen 80 Prozent der Mittel der Stadt Uster werden für Aufgaben aufgewendet, die durch Bund und Kanton vorgegeben werden. Sei es in der Bildung oder im Sozialwesen, sei es bei der Umweltgesetzgebung oder bei der Sicherheit. Und auch dort, wo es nicht in erster Linie um die Finanzen geht, ist der Handlungsspielraum der Gemeinden nicht besonders gross: Zu einem beträchtlichen Teil sind sie damit beschäftigt, Gesetze von Bund und Kanton zu vollziehen.

Mehr Einfluss nehmen

Damit ich nicht falsch verstanden werde: Dass die Gemeinden durch übergeordnetes Recht dazu gezwungen sind, in vielen Teilen einheitliche Standards bei der Erbringung von Dienstleistungen zu beachten, ist an sich schon in Ordnung – die Schweiz ist zu kleinräumig, als dass sich alle paar Kilometer, so bald man eine Gemeindegrenze überschritten hat, andere Bestimmungen gelten sollten. Schlecht ist es allerdings, wenn ein Gemeinwesen es versäumt, ihre legitimen Wünsche an die Gesetzgebung nicht genügend in die Diskussion einzubringen. Gerade eine Stadt in der Grösse von Uster – keine kleine Stadt mehr, aber auch noch nicht eine richtig grosse – läuft Gefahr, zwischen den Interessen der Grossstädte und der Landgemeinden zerrieben zu werden.

Die 171 Gemeinden des Kantons Zürich haben sich zwecks Einflussnahme in einem Verband der Gemeindepräsidenten organisiert, der im Vernehmlassungsverfahren für kantonale Gesetze eine Stellungnahme abgibt. Uster ist in diesem Verband im leitenden Ausschuss, einer Art Vorstand, zwar vertreten, dominiert wird dieser aber von den kleinen Landgemeinden – womit



Stefan Feldmann vor dem Ustertags-Gedenkstein: «Ich mache mich stark für eine selbstbewusste Stadt, die ihr Gewicht auch im Kanton einbringt.»

auch klar ist, wessen Interessen in den Vernehmlassungsantworten des Verbandes vor allem Niederschlag finden.

Die Städte Zürich und Winterthur haben schon lange gemerkt, dass ihnen mit der Stellungnahme des Gemeindepräsidenten-Verbandes alleine nicht gedient ist und nehmen deshalb vor und hinter den Kulissen Einfluss auf die Politik von Kanton und Bund. Sie wissen, dass sich ihre Anliegen teilweise fundamental von denjenigen der kleinen Landgemeinden unterscheiden. Und mit Uster verhält es sich inzwischen genauso, weshalb unsere Stadt ebenfalls mehr Einfluss auf die überkommunale Politik nehmen muss.

Ein Stapi Bornhauser würde Uster stärken

Der Stadtrat hat, dies sei ihm fairerweise zugestanden, in der laufenden Legislatur erste Schritte unternommen, um die Interessen Usters besser zu wahren. Bei wichtigen Geschäften – etwa beim Grundsatzentscheid des Kantonsrates für eine Kantonsschule in der Hohfuren – hat er die Ustermer Kantonsratsmitglieder über die Haltung der Stadt Uster informiert und sie auch mit Argumenten versorgt. Das alleine reicht aber nicht, vor allem auch, weil wichtige Weichenstellungen oft vorgenommen werden, bevor der

Kantonsrat die Gesetzesvorlage zu Gesicht bekommt. Der formelle Weg der Einflussnahme via Kantonsrat reicht nicht aus.

Neben dem formellen Weg ist der informelle Weg der Einflussnahme ebenso wichtig, wenn nicht sogar noch wichtiger: Ein Stadtpräsident an der Spitze unserer Stadt, der alle RegierungsrätInnen persönlich kennt, mit ihnen auf Du und Du ist, würde hier vieles erleichtern. Offene Türen und ein Telefongespräch bewirken oft mehr als ein offizielles Schreiben. Martin Bornhauser hat als langjähriger Kantonsrat und Kantonsratspräsident allerbeste Beziehungen in die kantonale Politik. Seine Wahl zum Stadtpräsidenten würde eine enorme Stärkung der Stellung der Stadt Uster im Kanton Zürich bedeuten.

Stefan Feldmann (1970, Oberuster) ist selbständiger Kommunikationsberater. Seit 1997 gehört er dem Gemeinderat an, den er 2000/2001 präsidierte. Er ist Mitglied der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit. Seit 2003 ist er Mitglied des Kantonsrates. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 3.



«Ich mache mich stark für eine Stadt, die immer wieder nach hoher Lebensqualität strebt.»

Barbara Thalmann (1966, Rehbühl) ist freischaffende Architektin. Seit 1998 gehört sie dem Gemeinderat an und ist seit 2003 Präsidentin der Kommission Bildung und Kultur. Sie kandidiert auch für den Stadtrat.



«Ich mache mich stark für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.»

Reto Dettli (1964, Oberuster) ist dipl. Ingenieur ETH und Partner in einem Beratungsunternehmen. Seit 2002 gehört er dem Gemeinderat an und ist Mitglied der Kommission Planung und Bau. Er präsidiert die SP-Gemeinderatsfraktion.



«Ich mache mich stark für eine selbstbewusste Stadt, die ihr Gewicht auch im Kanton einbringt.»

Stefan Feldmann (1970, Oberuster) ist selbständiger Kommunikationsberater. Seit 1997 gehört er dem Gemeinderat an, den er 2000/2001 präsidierte. Er ist Mitglied der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit. Seit 2003 ist er Mitglied des Kantonsrates.



«Ich mache mich stark für eine Finanzpolitik, die in die Zukunft unserer Stadt investiert.»

Rolf Graf (1954, Niederuster) ist eidg. dipl. Buchhalter und Controller. Er gehört dem Gemeinderat seit 1998 an und ist Präsident der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit sowie Mitglied der Rechnungsprüfungskommission.



«Ich mache mich stark für ein würdevolles Leben unserer älteren Mitmenschen.»

Christian Wüthrich (1953, Oberuster) ist Pflegedienstleiter eines Alters- und Pflegeheimes in der Stadt Zürich. Seit 1998 gehört er dem Gemeinderat an, den er 2003/2004 präsidierte. Er ist Mitglied der Kommission Soziales und Gesundheit.



«Ich mache mich stark für eine Gesellschaft, die Minderheiten respektiert und integriert.»

Lennie Grob-Overdulve (1950, Wermatswil) ist Heilpädagogin. Sie ist seit 2002 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Soziales und Gesundheit sowie der Geschäftsleitung des Gemeinderates.



«Ich mache mich stark für eine Aufwertung und Belebung des öffentlichen Raums.»

Marc Meyer (1962, Kirchuster) ist Architekt und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Uster. Er gehört seit 2003 dem Gemeinderat an und ist Mitglied der Kommission Planung und Bau.



«Ich mache mich stark für kreativen Freiraum für eine multikulturelle Jugend.»

Jonas Schmid (1985, Oberuster) ist Landschaftsgärtner-Lehrling. Er engagiert sich bei den Jungsozialisten und amtiert als Sekretär der JUSO Zürcher Oberland.



«Ich mache mich stark für eine gute Berufsausbildung für unsere Jugendlichen.»

Julia Amherd (1967, Oberuster) ist ausgebildete Pflegefachfrau und Berufsschullehrerin im Gesundheitswesen. Sie unterrichtet unter anderem an der Pflegeschule Uster.



«Ich mache mich stark für eine nachhaltige Nutzung und den Schutz unserer Erholungsgebiete.»

Patricia Bernet (1971, Niederuster) ist selbständige Biologin und Geschäftsführerin der Greifensee-Stiftung. Sie ist seit 2002 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Planung und Bau.



Judith Pérez
(1966, Oberuster),
Gewerkschaftssekretärin
Unia



Claudia Geisenberger
(1979, Kirchuster),
Hebamme



Michael Günther
(1971, Kirchuster),
Informatiker



Martin Zwysig
(1962, Oberuster),
Informatiker



Markus Weder
(1973, Kirchuster),
Jurist



Stephan Häslar
(1958, Oberuster),
Kulturmanager,
Präsident Jazzclub Uster



Walter Strucken
(1943, Wermatswil),
Sozialarbeiter



Peter Grob
(1955, Wermatswil),
Berufsschullehrer



«Ich mache mich stark für eine moderne und familiengerechte Volksschule.»

Regula Trüeb (1959, Nänikon) ist Berufsschullehrerin und unterrichtet am Bildungszentrum Uster. Sie gehört dem Gemeinderat seit 2002 an und ist Mitglied der Kommission Bildung und Kultur.



Gusti Storchenegger
(1942, Oberuster)
Rentner



Regula Kohler
(1957, Nossikon)
Kindergärtnerin,
Kunsttherapeutin



Maja Burger-Tschanz
(1965, Kirchuster)
Kursleiterin



Hans Conrad Daeniker
(1950, Nossikon)
lic. phil., selbständiger
Berater



Anna-Pitschna Parli
(1959, Oberuster)
Sozialarbeiterin,
Primarschulpflegerin



Annemarie Vogt
(1957, Oberuster)
lic. phil., Psychologin



Kurt Hemmann
(1959, Wermatswil)
Schulleiter



Benni Beckmann
(1941, Kirchuster), pens.
Gewerkschaftssekretärin,
Schulpflegerin



«Ich mache mich stark für eine lebendige Stadt mit einem breiten Kultur- und Sportangebot.»

Balthasar Thalmann (1976, Kirchuster) ist dipl. Kultur-Ingenieur ETH und arbeitet als Raumplaner. Er ist Präsident der Stadtmusik Uster und Kursleiter bei insieme Zürcher Oberland.



Matthias Stambach
(1964, Rehbühl)
Jurist



Kathrin Agosti
(1964, Oberuster)
Physiotherapeutin,
Juristin



Elisabeth Schlegel
(1957, Gschwader)
eidg. dipl. Buchhalterin



Christina Zbinden
(1956, Kirchuster)
Psychologin FSP,
Primarschulpflegerin



Silvana Sperduto
(1972, Kirchuster)
Beraterin



Fredi Gut
(1953, Oberuster)
Desktop Publisher



Marianne Zahnd
(1975, Kirchuster)
Tourismusfachfrau HF



Peter Macher
(1952, Riedikon)
Informatiker

Gemeinderatswahlen: Patricia Bernet zu Natur- und Landschaftsschutz

Artenvielfalt als Zukunftschance

Artenvielfalt sollte nicht nur Biologinnen und Landwirte interessieren, sondern sollte längst schon salonfähig und in aller Munde sein. Denn: Eine grosse Biodiversität schützt uns vor Umweltkatastrophen, bildet die Grundlage der medizinischen Forschung und sichert unsere Nahrungsgrundlagen. Mit dem Landschaftsentwicklungskonzept macht Uster in diesem Bereich einen wichtigen Schritt vorwärts.

Von Patricia Bernet

Allen Unkunrufen von Rechts zum Trotz: Natur- und Landschaftsschutz sind auch heute wichtige Themen. Verändert hat sich allerdings die Ausrichtung. Während früher die Bemühungen auf den Schutz von einzelnen Arten fokussiert war, so geht es heute im Naturschutz vor allem um den Schutz der Vielfalt und die Vernetzung von Lebensräumen als Ganzes. Dank immer wieder verändernden Unterstützungsmassnahmen durch die Gemeinden, den Kanton oder den Bund werden in diesen Jahren die durch unsere Lebensweise isolierten Lebensräume wieder vernetzt.

Artenvielfalt hat abgenommen

Auch in Uster: Das erarbeitete Landschaftsentwicklungskonzept hat zum Ziel, Gebiete nicht nur ökologisch aufzuwerten, sondern auch so zu vernetzen, dass sie den darin lebenden Tieren auch die Möglichkeit geben, sich entlang dieser neu gebildeter Korridore zu bewegen. Dies ist wichtig, weil die Artenvielfalt infolge des grössten Einflusses der menschlichen Aktivitäten auf die Umwelt in den letzten 50 Jahren abgenommen hat und weiterhin abnehmen wird. Zerstörung naturnaher Standorte ist auf den Siedlungsbau, den Bau von Verkehrsträgern, die intensive land- und waldwirtschaftliche Nutzung und die zu hohen Einträge an Nährstoffen (Düngung, Luft) zurückzuführen. Bedroht sind dementsprechend vor allem Tier- und Pflanzenarten, die auf ausgedehnt und ungestörte Lebensräume (wegen der Siedlungen und Verkehrswege), Feuchtgebiete (wegen Drainagen) und nährstoffarme Standorte (wegen der Nutzungsintensivierung) spezialisiert sind.

Intakte Lebensräume sind attraktiv

Von der Unterstützung von Projekten, die die Artenvielfalt fördern, können wir direkt profitieren. Biodiversität bedingt intakte Lebens-



Patricia Bernet vor der Naturstation Silberwiede: «Ich mache mich stark für eine nachhaltige Nutzung und den Schutz unserer Erholungsgebiete.»

räume und kann einerseits dazu beitragen, dass Umweltkatastrophen weniger tragische Ausmaße annehmen (z.B. naturnahe Gewässer mit mehr Freiraum verhindert schlimme Überschwemmungen). Andererseits sind intakte Lebensräume landschaftlich sehr attraktiv und bieten gute Erholungsmöglichkeiten für die Menschen. Besonders gerne halten wir uns in landschaftlich vielfältigen Gebieten auf – wie wir ja im Sommer etwa am Greifensee Tag für Tag sehen können.

Nutzen für den Menschen

Biodiversität beinhaltet auch einen weiteren Aspekt: Die Artenvielfalt ist für das Wohlergehen der Menschen wichtig. Viele Zuchtformen aber auch Medikamente entstehen durch Kreuzungen mit alten Tier- und Pflanzenrassen, bzw. werden aus ursprünglichen Arten gewonnen. Gehen diese genetischen Grundlagen verloren, behindern wir uns auch in der Weiterentwicklung wichtiger Medikamente und in der Produktion unserer Nahrungsgrundlagen. Der Zustand der Lebensräume entscheidet darüber, wie viele Arten darin überleben können, aber auch wie gut Trinkwasser gereinigt, Luft gefiltert, Siedlungsgebiete vor Überschwemmungen geschützt und Bodenerosion verhindert wird.

Umweltschutz unter neuen Gesichtspunkten

Die Gefährdungsursachen sind Standortzerstörung, zum Beispiel durch den Bau von Siedlungen, Verkehrswegen oder Industrie- und Gewerbegebieten oder Intensivierungsmassnahmen in der Landwirtschaft. Bei der zukünftigen Siedlungs- und Verkehrsplanung sollten wir uns deshalb immer auch überlegen, wie viele und welche unserer lebensnotwendigen Grundlagen wir wirklich zerstören wollen. Auch ein Umdenken im Umweltschutz wäre schön: eine Umbenennung z.B. des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) zum BfKa (Bundesamt für Katastrophenschutz) oder des Natur- und Umweltschutzes zur Lebensförderung wäre zu prüfen. Damit könnten plötzlich Gelder in Gebiete gelenkt werden, die zwar keine neuen Aufgaben übernehmen müssten aber unter einem neuen Gesichtspunkt betrachtet würden.

Patricia Bernet (1971, Niederuster) ist selbständige Biologin und Geschäftsführerin der Greifensee-Stiftung.

Sie ist seit 2002 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Planung und Bau. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 4.

Gemeinderatswahlen: Rolf Graf zur Finanzpolitik der Stadt Uster

Die Finanzen der Stadt Uster sind gesund

Sparen ist zurzeit in aller Munde. Und in der Tat ist es um die staatlichen Finanzen nicht überall besonders gut bestellt. Deshalb das Wichtigste gleich zu Beginn: Die Finanzen der Stadt Uster sind gesund. Die Stadt Uster konnte in den vergangenen Jahren ein Eigenkapital von 100 Millionen Franken äufnen, die langfristigen Schulden und damit auch die Zinslast sind auf einem vernünftigen Niveau. Panikmache ist also fehl am Platz, was wir brauchen ist finanzpolitisches Augenmass.

Von Rolf Graf

Es ist das beliebte Spiel aller Finanzvorstände egal ob beim Bund, bei den Kantonen oder in den Gemeinden: Sie präsentieren ein Budget mit tiefroten Zahlen, zeichnen ein düsteres Bild der finanzpolitischen Perspektiven, verlangen nach Sparmassnahmen. So auch in Uster: Die Totalabschaffung der Gemeindezuschüsse auf AHV- und IV-Renten stand zur Diskussion, eine Schliessung der Dorfbadi wurde in Betracht gezogen. Doch in der Regel kommt es immer gleich: Die Rechnung zeigt, dass man mit zu düstersten Annahmen gerechnet hat. Kleines Beispiel? Das Budget 2005 der Stadt Uster wurde mit einem Ausgabenüberschuss von 4 Mio. verabschiedet, doch nun zeigt sich auf Grund der Hochrechnung, dass die Stadt Uster statt eines Verlustes 2005 wohl einen Überschuss von 3,5 Mio. Franken ausweisen wird. Mit anderen Worten: Satte 8 Millionen daneben geschätzt.

Uster ist in einem dummen Rank

Dass die Rechnung deutlich besser als budgetiert abschliesst, war auch in den Vorjahren mehr die Regel als die Ausnahme. Wenn dann noch dazukommt, dass sich im Finanzplan zum Budget 2006 die noch im Vorjahr vorhergesagten rabenschwarzen Gewitterwolken (2005-2008: ein Minus von 40 Mio.) verzogen haben und nur noch mit etwas Hochnebel (2006-2009: ein Minus 8 Mio.) zu rechnen ist, wird es vollends unmöglich, vernünftig zu planen: Wie ist mit dem für 2006 budgetierte Minus von 1,5 Mio. Franken umzugehen, wenn damit gerechnet werden muss, dass auch aus diesem Minus wieder ein Plus wird? Für die SP-Fraktion ist klar, dass wir in der nächsten Legislaturperiode erst dann auf wichtige Leistungen verzichten werden, wenn sich ein negativer Trend etabliert hat. Und ebenso klar ist, dass bei dieser wechsel-



Rolf Graf vor der Dorfbadi: «Ich mache mich stark für eine Finanzpolitik, die in die Zukunft unserer Stadt investiert.»

haften Ausgangslage nicht am Steuerfuss nach unten gedreht werden darf.

Dem Gewerbe Arbeit vorenthalten

Doch wieso hat sich die Grosswetterlage im Finanzplan so schnell aufgehellt? Zum einen – wie immer – weil Uster mit einem höheren Steuerkraftausgleich vom Kanton rechnen kann, zum anderen aber weil die Abschreibungen auf Neuinvestitionen stark nach unten korrigiert werden konnten. Und damit sind wir bei einem ganz leidigen Thema: In den letzten beiden Jahren ist es der Stadt Uster nicht gelungen die jeweils geplanten Investitionen auch effektiv umzusetzen. In den acht Jahren, die ich dem Gemeinderat angehöre – und vermutlich auch schon vorher – wurde immer vom grossen Investitionsberg gewarnt, der vor uns stehe. Diesen gibt es tatsächlich auch, denn allein in Schulhäuser werden wir in den nächsten Jahren fast 50 Mio. investieren müssen. Es ist daher umso unverständlicher, wenn von den vor dem Berg geplanten Investitionen lediglich die Hälfte umgesetzt werden, der Rest auf später verschoben wird. Da wird nicht nur dem lokalen Gewerbe Arbeit vorenthalten, sondern der Investitions-

berg unnötigerweise noch weiter aufgeschüttet. Zudem stehen zu früh in die Investitionsplanung eingestellte Projekte immer auch anderen Bedürfnisse vor der Sonne. So fiel denn beispielsweise auch der Schatten solcher Projekte auf die Tempo 30-Vorlage. Sie wurde aufgrund der Investitionsplanung und dem «Investitionsberg» ins Jahr 2010 verbannt. Bei genauerer Planung könnte sie aber eigentlich – wenigstens in finanztechnischer Hinsicht – bis dahin problemlos umgesetzt sein. Die SP-Fraktion wird sich daher in der nächsten Legislaturperiode auch vermehrt in die Investitionsplanung einmischen. Dabei wird es unsere Aufgabe sein darauf zu achten, dass die Investitionen in die weichen Faktoren (u.a. in die Kultur) nicht zwischen den Grossinvestitionen «verloren» gehen.

Rolf Graf (1954, Niederuster) ist eidg. dipl. Buchhalter/Controller. Er gehört dem Gemeinderat seit 1998 an und ist Präsident der Kommission Öffentliche Dienste und Sicherheit sowie Mitglied der Rechnungsprüfungskommission. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 5.

Gemeinderatswahlen: Christian Wüthrich zum würdevollen Leben im Alter

Einbett-Zimmer sind heute schlicht ein Muss

Niemand wird gerne alt, weshalb der persönliche Alterungsprozess von vielen Menschen verdrängt wird. Und dies schlägt sich oft auch in der Politik nieder: Für die Pflege und die Betreuung von alten Menschen wird nur gerade das Nötigste gemacht, dies zu Lasten der Bedürfnisse von alten Menschen auf Privatsphäre. Zu einem würdevollen Leben im Alter gehören auch Einbett-Zimmer. Das muss wie in andere Gemeinden auch in Uster möglich sein.

Von Christian Wüthrich

Dass die Schere der Zweiklassen-Gesellschaft bei uns immer weiter aufgeht, zeigt sich augenscheinlich in der Alterspolitik: Während sich viele Menschen im Alter in einer privaten Altersresidenz einmieten können, so wird es auch viele Menschen geben, die ab dem 80. Lebensjahr gezwungen sind, in einem städtischen Altersheim zu leben. Ihren Lebensbedingungen werden aber leider von der Politik heute zu wenig Beachtung eingeräumt: Ihre Privatsphäre wird dem «Götzen» Finanzen untergeordnet. Während Gemeinden wie Zürich oder Illnau-Effretikon heute ausschliesslich mit geräumigen Einbett-Zimmer planen, umfasst der Planungsauftrag der Stadt für die Heime Im Grund noch immer Zweibettzimmer. Dem würdevollen Leben der alten Menschen wird hier in meinen Augen nicht genügend Beachtung geschenkt.

Leiden unter der Sparhysterie

Die bürgerliche Sparhysterie und Sparwut schlägt sich so bei der Alters- und Pflegeheimplanung leider voll auf das Leben der alten Menschen nieder. Sie sollen Abstriche bei ihrer Lebensqualität machen und damit für Steuerabschaffungen und Steuerfussenkungen der letzten Jahre zahlen. Immerhin, ganz erfolgreich war die SP-Fraktion bezüglich ihrem Einsatz für ein würdevolles Leben in der vergangenen Legislatur nicht. So konnte sie die Totalabschaffung der Gemeindezuschüsse auf die AHV- und IV-Renten verhindern.

Mit der Definition der Pflegequalität in den Leistungsaufträgen für alle städtischen Institutionen konnte ein Schritt in die richtige Richtung gemacht werden, ebenso mit der Schaffung einer zentralen Beratungsstelle für die Angebote in der Altersarbeit.



Christian Wüthrich vor dem Heim Im Grund: «Ich mache mich stark für ein würdevolles Leben unserer älteren Mitmenschen..»

Schwerpunkte für die Zukunft

Ob die Heime dank der Zusammenlegung besser in die Führung der Stadt Uster einbezogen werden können, wird sich noch zeigen müssen – ich bin diesbezüglich eher skeptisch –, aber ich bin immerhin zuversichtlich, dass es uns gelingt, das Anliegen eines würdevollen Leben im Alter weiter mit Nachdruck voranzutreiben. Als Schwerpunkte für die kommenden Jahre sehe ich:

- Aufbau von politischem Druck zur ausschliesslichen Planung von geräumigen Einbett-Zimmern in den Heimen.
- Kontrolle der Einhaltung der angestrebten Pflegequalität für alle in unseren Heimen und der Spitex betreuten Personen.
- Anstellung von genügend Personal in der tertiären Ausbildungsstufe im Pflegebereich, mit entsprechender Aus- und Weiterbildung.
- Die Vertretung der Pflege durch qualifiziertes Führungs- und Fachpersonal in der Geschäftsleitung der Heime ist zu stärken.
- Das Altersleitbild, das in der vergangenen Legislatur durch den Stadtrat verabschiedet wurde, muss besser umgesetzt werden. Dies bedeutet: Spitex rund um die Uhr mit Onkologiepflege, vermehrter Palliativpflege, Ausbau der Prävention durch entsprechende Beratungsangebote usw.
- Privater Behinderten- und Altersgerechter Wohnungsbau muss gefördert werden.

– Die Stadt muss sich auf Ebene Kanton und Bund in die Diskussion betreffend Pflegefinanzierung einmischen.

Gegen Qualitätsabbau

Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingt, die notwendige individuelle Qualität zu fördern. Dies setzt voraus, dass wir alle erkennen, dass die unsolidarische bürgerliche Politik auf Ebene Bund und Kanton bei uns zu starker Kostenzunahme und zu einem Qualitätsabbau führen wird.

Auf Ebene Gemeinde müssen wir uns dagegen wehren, dass die bürgerliche Spar- und Steuerhysterie zum Qualitätsabbau in der Altersarbeit führt. Die Diskussion bezüglich Pflegefinanzierung tangiert uns alle, vor allem aber das würdevolle Leben unserer älteren Mitmenschen. Sie sind auf unsere Solidarität angewiesen.

Christian Wüthrich (1953, Oberuster) ist Pflegedienstleiter eines Alters- und Pflegeheimes in der Stadt Zürich.

Seit 1998 gehört er dem Gemeinderat an, den er 2003/2004 präsidierte. Er ist Mitglied der Kommission Soziales und Gesundheit. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 6.

Gemeinderatswahlen: Lennie Grob-Overdulve zur gesellschaftlichen Bedeutung der Integration

Integration – heute aktueller denn je

Das Wort Integration hören wir tagtäglich im Radio und wir lesen es regelmässig in den Zeitungen. Vor allem in den letzten Monaten in Zusammenhang mit den bedrohlichen Unruhen in französischen Städten. Oder im Zusammenhang mit den Unruhen vor einem Jahr in Holland als Folge der Ermordung Theo van Goghs. Die Welt ist schockiert, wenn sichtbar wird, was unter der Oberfläche brodelt. So schlimm ist es zum Glück in der Schweiz und in Uster nicht. Doch damit es bei uns nicht soweit kommt, dafür müssen wir auch etwas tun.

Von Lennie Grob-Overdulve

Als in den französischen Vorstädten die Autos brannten und sich die randalierenden Jugendlichen mit der Polizei Strassenschlachten lieferten, fragten sich viele: Wie konnte es nur soweit kommen? Nach der Hauptursache muss nicht lange gesucht werden: In den französischen Vorstädten leben vor allem nicht oder schlecht integrierte Menschen, darunter viele Jugendliche. Sie haben keine Zukunftsperspektiven und fühlen sich als Randständige, knapp geduldet in ihrem Gastland, denn obwohl diese Menschen eine Minderheit sind, steckt die Angst vor der Überfremdung tief in den Einheimischen. Und das bekommen die ImmigrantInnen auch zu spüren. Wut und Frustration staut sich auf und irgendwann kommt es dann zu grossen Knall.

Es gibt viele Minderheiten

So schlimm ist es zum Glück in der Schweiz und somit auch in Uster (noch) nicht. Es ist ein meist friedliches Nebeneinanderleben, nicht unbedingt ein Miteinanderleben. Zwangsläufig kommt hier die Frage auf: Müssen Minderheiten denn so zwingend integriert werden, wenn es gar kein Problem gibt? Reicht «leben und leben lassen» nicht aus? Ich meine nein, das reicht nicht. So wenig wie wir mit anderen Minderheiten zusammenleben sollten, ohne sie richtig wahrzunehmen.

Es ist bezeichnend für unsere heutige Gesellschaft, dass sie auf die Minderheiten in unserem Land erst dann aufmerksam wird, sobald die Finanzen knapp werden. Plötzlich entdeckt man sie. Hier liegt noch Sparpotential! Ich erinnere an die Diskussionen in unserer Stadt über die Gemeindegremien oder erst kürzlich über die Kulturlegi.



Lennie Grob-Overdulve vor der Heilpädagogischen Schule Uster: «Ich mache mich stark für eine Gesellschaft, die Minderheiten respektiert und integriert.»

Auch behinderte Menschen brauchen Arbeit. Berufsbedingt ist mir die Integration der Menschen mit einer Behinderung ein grosses Anliegen. Ich versuche seit einigen Jahren im Kleinen dies umzusetzen. Ein schwieriges Unterfangen. Es ist manchmal deprimierend, dass man immer wieder auf Unverständnis stösst. Menschen mit einer Behinderung haben es vor allem im Erwerbsleben sehr schwer, gerade in Zeiten wie heute, in denen die Arbeit knapp ist. Es finden sich nur wenige Betriebe, welche noch gewillt sind, solche Menschen zu beschäftigen. Hier besteht für die Stadt Uster Handlungsbedarf: Sie muss das Gespräch mit der Wirtschaft suchen und sie davon überzeugen, auch diesen Menschen einen Arbeitsplatz anzubieten. Uster ist ansonst – um auch positives zu würdigen – vorbildlich bei der Umsetzung von Massnahmen, die das öffentliche Leben von Menschen mit einer Behinderung etwas erleichtern. Beim Bahnhof sind Blindenleitlinien angebracht, die Trottoirs wurden gesenkt und ganz erfreulich finde ich die verschiedenen rollstuhlgängigen Wege. Weiter so!

Visionen für die Zukunft

In den letzten Jahren ist der Trend zur Integration auch in der Schule zunehmend. Das ist,

wenn die Integration aus Spargründen erfolgt, nicht unproblematisch: Die Auflösung von Sonderklassen und die «stille» Integration von SchülerInnen mit Lernschwierigkeiten bergen die Gefahr in sich, dass diese Kinder auf der Strecke bleiben. Was dann später mit Therapien wieder ins Lot gebracht werden muss.

Nicht immer ist Integration also wünschenswert, es kommt auf die Situation an. Es gilt aufmerksam zu bleiben bei der Klassenzuteilung der betreffenden Kinder.

Für eine Integration, die diesen Namen verdient, braucht es Toleranz, Einfühlungsvermögen und – ungeheuer schwierig – Visionen: Ein Angebot an Integrationskursen sollten in jeder Stadt eine Selbstverständlichkeit sein. Und wie wäre es mit dem Stimmrecht für AusländerInnen auf kommunaler Ebene? Es gehen schon Gemeinden mit dem guten Beispiel voran. Gewiss ein kleiner Schritt, aber es könnte Grösseres auslösen.

Lennie Grob-Overdulve (1950, Wermatswil) ist Heilpädagogin. Sie ist seit 2002 Mitglied des Gemeinderates und der Kommission Soziales und Gesundheit sowie der Geschäftsleitung des Gemeinderates. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 7.

Gemeinderatswahlen: Regula Trüeb zur Bedeutung der Bildung

Sparen in der Bildung zahlt sich nicht aus

Bildung ist der einzige Rohstoff in unserem Lande, darüber sind sich alle gesellschaftlichen Kräfte einig. Die Kinder und Jugendlichen sind unsere Zukunft: Ihnen müssen wir Sorge tragen und eine gute Ausbildung ermöglichen, damit sie später fähig sind, ihr Leben zu meistern und im Arbeitsleben zu bestehen. Trotz dieses Konsenses: Wenn es darum geht, für die Volksschule die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen, erweisen sich diese Aussagen schnell als blosses Lippenbekenntnisse.

Von Regula Trüeb

Unter dem aufgebauten Spardruck wird auch bei der Bildung gespart, was kurzfristig ist und weitreichende Konsequenzen haben kann: Wer bei der Bildung spart, spart nicht nur bei der Zukunft unseres Landes, nein, er gefährdet auch den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Einsparungen im Bildungsbereich gehen immer zulasten benachteiligter Kinder, deren Eltern ihnen keine teure Privatschule bieten können. Kurzfristig können zwar Kosten bei der öffentlichen Hand eingespart werden, mittel- und langfristig belasten schlecht ausgebildete junge Menschen den Staat um ein Mehrfaches, wenn sie ohne Lehrstelle oder Job dastehen.

Ganzheitliche Förderung der Kinder

Die Kinder werden in der modernen Volksschule nicht nur in den traditionellen kognitiven Fächern Mathematik, Mutter- und Fremdsprache ausgebildet, sondern auch in den wichtigen Sozial- und Methodenkompetenzen gefördert. Zu einer ganzheitlichen Förderung gehören jedoch auch Fächer wie Werken, Zeichnen, Musik, Turnen oder Schwimmen. Sie dürfen nicht aus Kostengründen aus dem Stundenplan verschwinden. Der musische und motorische Unterricht fördert die geistige und emotionale Entwicklung der Kinder. Auch die Wirtschaft braucht Menschen mit Fantasie, Körperbewusstsein und Einfühlungsvermögen. Jedes Kind soll zudem auch in Zukunft nach seinen individuellen Fähigkeiten gefördert werden können. Dazu braucht es Klassengrößen, die es einerseits erlauben, die geforderten Bildungsstandards zu erreichen, und andererseits einen individualisierenden Unterricht ermöglichen. Es braucht aber auch gezielte Stütz- und Therapie-



Regula Trüeb vor dem Schulhaus Singvogel in Nänikon: «Ich mache mich stark für eine moderne und familiengerechte Volksschule.»

massnahmen für Kinder mit Schwächen und eine Förderung für besonders begabte Kinder, wie das in Uster zurzeit praktiziert wird.

Familiengerechte Schule

Familie und Gesellschaft haben sich in den letzten 50 Jahren enorm verändert: Der Anteil von Alleinerziehenden und Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind, steigt ständig. Als Sozialdemokratin und berufstätige Mutter setze ich mich dafür ein, dass sich die Volksschule den geänderten gesellschaftlichen Verhältnissen anpasst. Blockzeiten, Mittagstische, Aufgabenhilfen und Auffangzeiten müssen heute auch in Uster eine Selbstverständlichkeit sein. Dies umso mehr, als vergleichende Studien zeigen, dass familien- und schulergänzende Tagesstrukturen integrierend wirken und die Leistungen sowie die sozialen Kompetenzen von Schülerinnen und Schülern fördern.

Motivierte Lehrpersonen und Schulsozialarbeit

Wenn der Rohstoff «Bildung» so wichtig ist, ist es auch wichtig, diejenigen, die ihn fördern, bei der Stange zu halten. Nur mit motivierten Lehrpersonen kann unsere Volksschule eine gute Schule sein. Uster soll ein verlässlicher Arbeitgeber sein, der für die Aus- und Weiterbildung der

Lehrkräfte genügend Mittel zur Verfügung stellt. Dazu gehört auch, dass die Lehrpersonen unterstützt und entlastet werden bei der Umsetzung der zahlreichen Reformen und im Umgang mit neuen gesellschaftlichen Entwicklungen: Gerade in städtischen Verhältnissen wie in Uster nehmen die Herausforderungen durch die soziale und kulturelle Durchmischung zu und erschweren das Unterrichten und Lernen. Viele Gemeinden haben deshalb Schulsozialarbeit eingeführt. Dabei unterstützen SchulsozialarbeiterInnen die Eltern und Lehrpersonen in ihrem Erziehungsauftrag. Sie helfen, Problem-situationen, welche einem guten Schul- und Lernklima entgegen stehen, frühzeitig zu entschärfen. Die Erfahrungen mit Schulsozialarbeit sind ausschliesslich positiv, die Stadt Uster muss hier nachziehen. Damit die Lehrpersonen sich wieder ihrer Kernaufgabe, dem Unterrichten, widmen können.

Regula Trüeb (1959, Nänikon) ist Berufsmittelschullehrerin und unterrichtet am Bildungszentrum Uster. Sie gehört dem Gemeinderat seit 2002 an und ist Mitglied der Kommission Bildung und Kultur. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 8.

Gemeinderatswahlen: Marc Meyer zur Aufwertung und Belebung des öffentlichen Raums

Uster braucht sich nicht zu verstecken

Was die Aufwertung und Belebung des öffentlichen Raums angeht, hat die Stadt Uster in den letzten Jahren vieles richtig gemacht. Die SP Uster wird sich dafür einsetzen, dass dieses auch in Zukunft so bleibt und, dass uns der öffentliche Raum als Lebensraum erhalten bleibt – zumal sich der Stadt Uster in den kommenden Jahren grosse städtebauliche Möglichkeiten bieten.

Von Marc Meyer

Daher ist es müßig festzustellen, ob Zenobia zu den glücklichen oder unglücklichen Städten gezählt werden muss. Nicht in diese zwei Arten die Städte einzuteilen ist sinnvoll, sondern in zwei andere; jene, die über Jahre und Veränderungen hinweg den Wünschen stets ihre Gestalt geben, und jene, wo die Wünsche entweder die Stadt auszulöschen vermögen oder von ihr ausgelöscht werden.

Italo Calvino, Die unsichtbaren Städte, DTV 97, Seite 43



Marc Meyer im Stadtpark Uster: «Ich mache mich stark für eine Aufwertung und Belebung des öffentlichen Raums.»

In einem Einfamilienhausquartier ist die Frage nach dem öffentlichen Raum einfach zu beantworten. Er beginnt da, wo das private Grundstück endet. Markiert durch eine Mauer, einen Gartenhaag oder eine Thujahecke. Das was draussen vorbleibt, nennt sich dann öffentlicher Raum und besteht aus einem Trottoir und einer Strasse. Eine, zumindest auf den ersten Blick, einfache Geschichte.

Etwas komplexer wird es beim öffentlichen Raum im Zentrum. Da sind die klaren Grenzen verschwunden. Ist das jetzt öffentlich – oder doch schon privat? Wo beginnt das Eine und wo endet das Andere? Zudem hat es plötzlich viel mehr Leute. Die sitzen herum, schwatzen (nicht nur vor der geschlossenen Barriere), stellen ihre Velos ab und genießen die fahle Wintersonne. Es braucht ihn offensichtlich – den öffentlichen Raum.

Und darum muss ihn jemand gestalten. Jemand muss sagen, wo die Ruhebänke hinkommen, wie hoch die Beleuchtungskandelaber sein müssen, wo es Veloabstellplätze braucht, wo Bäume wachsen dürfen und wo der nächste Kreisel gebaut werden soll... Und er muss auch gepflegt werden. Man muss Abfalleimer leeren, Müll zusammenkehren, Löcher flicken und das Gras mähen. Für all das ist die öffentliche Hand – die Stadt – zuständig.

Eine nicht zu unterschätzende Aufgabe: Wird doch, der «Staat» ganz entscheidend über sein «Äusseres», und das ist mitunter auch der öffentliche Raum, wahrgenommen.

Neue, spannende Projekte

Was die Aufwertung und Belebung des öffentlichen Raums anbelangt, braucht sich Uster im Vergleich mit anderen Gemeinden nicht zu verstecken. Der Rückbau an der Zürichstrasse ist mustergültig vorgenommen worden, die Begegnungszone Bankstrasse ist auch nicht so schlecht gelungen – oder wissen Sie noch, wie der «Bahnhofplatz» früher ausgesehen hat? Und weitere, zentrale Projekte stehen bereits an: Die lang ersehnte Umgestaltung und Aufwertung des Stadtparks oder die «Rückeroberung» des Straßenraums in den Wohnquartieren – dafür müssen Sie nur die von SP und EVP lancierte Initiative für Tempo 30 in den Wohnquartieren annehmen.

Oder etwa die städtebauliche Aufwertung der «Aabachachse» – hier hören sich vor allem die Überlegungen für einen «Dorfbadipark» sehr gut an – und nicht zuletzt auch das nach den jüngsten Medienberichten nun doch endlich vor der Realisierung stehende Projekt «Kern Nord». Auch wenn hier der Stadtrat von Uster mit dem Verzicht auf einen Neubau für die Stadt- und

Regionalbibliothek einen «unverzeihlichen» Fehler gemacht hat, bleibt uns jetzt wenigstens noch die Hoffnung auf einen attraktiven, urbanen «Erlebnisraum».

Uster als Wohn-, Arbeits- und Marktort

Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: Uster wird nie ein «heimeliges» Stadtbild haben. Dafür fehlt ihr die (mittelalterliche) Stadtstruktur. Aber Uster war immer ein Wohn-, Arbeits- und Marktort. Für dieses Dreigespann brauchen wir hochwertige Lebensräume: Den Stadtpark als Spiel- und Begegnungszone für die Bevölkerung, den Stadtpark als «Lunch-Place» für die BerufsschülerInnen (und bald auch für die KantischülerInnen) und der Stadtpark für den Ustermarkt. Wir von der SP setzen uns dafür ein, dass der öffentliche Raum in Uster attraktiv bleibt bzw. wird und dafür, dass auch «neuer», öffentlicher Raum geschaffen wird wie zum Beispiel auf dem Zeughausareal.

Marc Meyer (1962, Kirchuster) ist Architekt und Mitglied der Geschäftsleitung der SP Uster.

Er gehört seit 2003 dem Gemeinderat an und ist Mitglied der Kommission Planung und Bau. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 9.

Gemeinderatswahlen: Jonas Schmid zu Forderungen der Jugend an die Politik

Das Zeughaus-Areal für die Jugend

Jung zu sein ist nicht immer einfach, das wissen alle die wie ich jung sind, oder es einmal waren. Oft fühlen sich Junge heute von der Politik nicht ernst genug genommen, haben den Eindruck ihre Bedürfnisse würden an den Rand gedrängt. Das muss sich ändern: Genauso wie die älteren Generationen zu recht erwarten dürfen, dass sie einen Lebensabend in Ruhe und mit Respekt verbringen können, so dürfen junge Leute erwarten, dass sie Raum finden, um ihre Ideen und Vorstellungen umzusetzen.

Von Jonas Schmid

Stellen Sie sich Uster einmal als eine reine Pensionärstadt vor, als Stadt, wo die Leute nach einem Leben im umtriebigen Zürich ihre Ruhe finden. Oder als Stadt, wo die Jungen das Sagen haben, wo ein Fest nach dem anderen steigt, eine Stadt, die niemals schläft! Natürlich ist beides nicht realistisch, was es braucht, ist ein gesundes Mittelmaß. Ich habe aber manchmal das Gefühl, dass sich Uster mehr in Richtung der ersten Schilderung bewegt, dass für uns Jungen zu wenig Raum für unsere Ideen bleibt. Junge wie auch ältere Leute sollten in Uster aber eine gemeinsame Politik betreiben und miteinander auszukommen. Akzeptanz heisst das Stichwort. Genauso wie die älteren Generationen erwarten dürfen, dass ihnen im Bus der Vortritt gewährt wird, dürfen Junge Leute erwarten, dass man ihnen auch ab und zu jugendlichen Übermut zugesteht, selbst wenn es dabei vielleicht etwas laut wird...

Freiraum für alle Gruppen

In der heutigen Jugendkultur entstehen immer wieder neue Gruppierungen und für viele Jugendliche ist die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe wichtig, um eine eigene Identität zu entwickeln und um nicht abseits zu stehen. Ob Hip Hopper, Skater Punk oder Grufti, sie alle haben andere Bedürfnisse an Musikstil und Platzangebot. Es gilt deshalb bei der Jugendarbeit als essentiell zu beachten, dass jede Gruppe genügend Freiraum erhält, ohne dass sie sich gegenseitig auf die Füsse treten. Die Fehler, welche andere Gemeinden genau in diesem Gebiet gemacht haben, sollten in Uster vermieden werden. Damit das möglich ist, muss die Jugend aber unbedingt in die Entscheidungsfindung und zukünftige Stadtplanung mit einbezogen werden.



Jonas Schmid vor dem Freizeit- und Jugendhaus Uster: «Ich mache mich stark für kreativen Freiraum für eine multikulturelle Jugend.»

Raum und Platz – auch abends

Uster mag sich zwar darum bemühen, eine eigenständige Stadt zu sein, ausgangsmässig ist sie aber teil der Agglomeration Zürich. Nur sehr wenige junge Leute bleiben an den Freitag- und Samstagabenden in Uster. Das liegt vor allem daran, dass diese Stadt kaum einen Ort bietet, auf welchem sich eine Clubszene etablieren könnte. Wenn Uster nicht nur eine reine Schlafstadt sein soll, dann muss sie die Jugend auch abends Platz und Freiraum einräumen.

Das «frjz» deckt bereits einen Teil dieses Angebotes ab, erfahrungsmässig werden Jugendhäuser aber leider nur von einer eher kleinen Anzahl junger Leute regelmäßig besucht. Es braucht also auch Alternativen. Dafür wäre das Zeughaus-Areal ideal: Es liegt zentral und doch etwas abseits und könnte ein kreativer Freiraum für die Jugend sein.

Centre Pompidou im Kleinen

Das grosse Freigelände davor und die Gebäude würden genügend Platz bieten für alle Jugendgruppierungen. Tagsüber könnte das Gelände durch die Installation von einfachen Dingen wie z.B. einer Skaterrampe oder einen Basketballplatz merklich aufgewertet werden. Nachts

könnte ein abwechslungsreiches Programm an unterschiedlichen Konzerten in den Gebäuden die Jugendlichen anziehen. Jeder Jugendliche sollte die Möglichkeit erhalten seiner Kreativität auf diesem Gelände freien Lauf zu lassen. Einmal die Möglichkeit erhalten, der Erwachsenenwelt zu zeigen, was er kann. Ob organisatorisch, musisch, plastisch, sportlich oder einfach nur ideenreich. Ein «Centre Pompidou», einfach nur viel kleiner. Ein Gelände auf dem Konkurrenzkämpfe nicht mit Gewalt, sondern durch kreative Ideen ausgetragen würden.

Eine Utopie? Uster hat es in der Hand, mit der Jugend eine kreative, friedliche Zukunft zu verwirklichen: Sie verhandelt ja im Moment mit dem Bund über den Kauf des Geländes. Was weiter damit geschieht, wird die Zukunft und das Votum der Stimmberechtigten zeigen. Wohnblöcke oder Freiraum für die Jugend, Sie haben es in der Hand – hoffentlich entscheiden Sie sich für letzteres.

Jonas Schmid (1985, Oberuster) ist Landschaftsgärtner-Lehrling. Er engagiert sich bei den Jungsozialisten und amtiert als Sekretär der JUSO Zürcher Oberland. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 10.

Gemeinderatswahlen: Julia Amherd zu Berufsbildung und Jugendarbeitslosigkeit

Einen Beruf erlernen heisst in der Erwachsenenwelt Einzug halten

Junge Menschen sind voller Energie- und Tatendrang. Sie sind neugierig und risikofreudig und möchten eigenständige Mitglieder unserer Gesellschaft werden. Ganz zentral bei diesem Schritt vom Jugendlichen zum Erwachsenen ist die Berufsausbildung. Doch leider erhalten viele Jugendliche diese Chance heute nicht mehr: Die Jugendarbeitslosigkeit steigt von Jahr zu Jahr. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Von Julia Amherd

Vor wenigen Wochen schockierten und beschäftigten uns Bilder und Nachrichten aus den Vorstädten von Paris, wo junge Menschen Autos verbrannten und Schulen anzündeten. In den Medien ist dabei die Rede von sozialer Ungerechtigkeit und vom Versagen der französischen Integrationspolitik. Die hohe Arbeitslosigkeit der 15- bis 24-Jährigen die in Clichy-sous-Bois – wo die Unruhen ihren Anfang nahmen – bei 37 Prozent liegt, mag dabei ein nicht zu unterschätzender Faktor sein.

Diese Nachrichten können uns nicht egal sein, steigt doch die Zahl der arbeitslosen jungen Menschen auch bei uns im Kanton Zürich kontinuierlich von Jahr zu Jahr an. Eine Lehrstelle zu finden, die dem eigenen Berufswunsch entspricht, bleibt für viele junge Menschen, auch in unserer Stadt ein Traum, dessen Erfüllung unerreichbar scheint. Mit dem Eintreten ins Berufsleben folgt ein wichtiger Schritt in Richtung Eigenständigkeit junger Menschen, nämlich der Beginn des Entwickelns eigener Zukunftsperspektiven. Haben sie die Möglichkeit ins Erwerbsleben einzusteigen nicht, was haben sie dann für Perspektiven?

Stadtverwaltung mit Vorbildcharakter

Junge Menschen sind voller Energie und Tatendrang. Sie sind neugierig und risikofreudig. Sie alle möchten eigenständige Mitglieder unserer Gesellschaft werden, die ihren Anteil an Verantwortung übernehmen können und wollen. Als Berufsschullehrerin vertrete ich die Ansicht, dass wir eine Jugendarbeitslosenrate von 7,7 Prozent, welche deutlich über der Gesamtarbeitslosenquote von 4,3 Prozent, liegt, keinesfalls hinnehmen dürfen. Kanton und Gemeinde sind gefordert für mehr Lehrstellen zu werben. Die Stadtverwaltung hat dabei Vorbildcharakter gegenüber den Betrieben, die in Uster und Umgebung angesiedelt sind. Nicht nur in der



Julia Amherd vor der Pflegeschule Uster: «Ich mache mich stark für eine gute Berufsausbildung für unsere Jugendlichen.»

Verwaltung sind mehr Lehrstellen möglich, auch in den städtischen Alters- und Pflegeheimen sind Ausbildungsplätze vermehrt zu schaffen und zu erhalten.

Auszubildende brauchen zudem befähigte AusbilderInnen an ihrer Seite, die gewährleisten, dass der Transfer von der in der Berufsschule gelernten Theorie, in der Praxis ihren Niederschlag findet. Dieser Transfer kann nur dann gewährleistet sein, wenn dazu genügend Zeit und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen. Ich bin mir bewusst: Diese Investitionen in die Berufsbildung sind kurzfristig teuer, langfristig sind sie ein unbezahlbarer Gewinn für unsere Gesellschaft, weil junge Menschen die zukünftigen erwerbstätigen Erwachsenen sein werden. Sinnbildlich bleibt mir das Beispiel des Gesundheitswesens darzulegen: als diplomierte Pflegefachfrau und Berufsschullehrerin im Gesundheitswesen weiss ich, wie wichtig gut ausgebildetes Personal für die Institutionen im Gesundheitswesen ist.

Mehr Attestausbildungen nötig

Eine Lehrstelle zu finden ist vor allem für leistungsschwache junge Menschen nahezu unmöglich. Die Teilnehmerinnen und Teil-

nehmer der kürzlich durchgeführten nationalen Lehrstellenkonferenz in Luzern waren sich darüber einig, dass vor allem diese Gruppe in die Berufsbildung integriert werden muss. Künftig soll die Lehrstellenförderung bis zu 100 Prozent aus dem Innovationsfonds des Bundes finanziert werden. Die Zahl der Lehrstellenförderinnen und -förderer soll, erhöht werden, vor allem in den grossen Agglomerationen wo dringend mehr Lehrstellen gebraucht werden, also auch im Grossraum Zürich.

Aber auch anderswo gibt es Handlungsmöglichkeiten: Eine der Forderungen des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks vom Oktober 2004, ist die Schaffung von mehr Attestausbildungen. Das wäre bereits ein Ansatz der aufgenommen werden könnte. Gespannt warte ich nun auf Neuigkeiten bezüglich Lehrstellen- und Attestausbildungszuwachs in Uster!

Julia Amherd (1967, Oberuster) ist ausgebildete Pflegefachfrau und Berufsschullehrerin im Gesundheitswesen. Sie unterrichtet unter anderem an der Pflegeschule Uster. Sie kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 11.

Gemeinderatswahlen: Balthasar Thalmann zur Kultur- und Sportförderung

Der Weg zur Kultur- und Sportstadt Uster

Ein breites Kultur- und Sportangebot ist Voraussetzung für eine lebenswerte und attraktive Stadt wie aber auch für die Identitätsbildung mit dem Wohnort. Ein weiterer wichtiger Schritt zur Kultur- und Sportstadt kann mit der Aufwertung des Stadthofsaals und einem Bau einer Kletterhalle gemacht werden. Die Stimmbürger haben mit dem Zustimmung zum Kauf des Stadthofsaals hierfür eine wichtige Weiche gestellt. Für den Bau und Betrieb einer Kletterhalle haben sich interessierte Kreise bereits organisiert.

Von Balthasar Thalmann

Das Kultur- und Sportangebot hat in den letzten Jahren deutlich an Qualität gewonnen. Nicht zuletzt dank der neuen Sporthalle im Buchholz sowie der Inbetriebnahme des Qbus. Um die Standortattraktivität wie auch die Jugend- und Integrationsförderung zu sichern, sind diese Qualitäten zu erhalten und mit vorausschauender Planung weiterzuentwickeln.

Qbus, Musikcontainer und Stadthofsaal als Schlüsselinfrastrukturen

Der Qbus, der Musikcontainer und der Stadthofsaal sind – neben den Kirchen, dem frjz und der Villa am Aabach – die Schlüsselinfrastrukturen für das kulturelle Leben in Uster. Geeignete Räumlichkeiten ziehen Kulturveranstalter an und inspirieren Kulturschaffende. Dies zeigt der Erfolg des Qbus. Deshalb braucht Uster auch längerfristig eine Kleinkunsthöhne. Grösse, Einrichtung und Lage sind die heutigen Erfolgsfaktoren. Sollte in Zukunft auf den heutigen Standort verzichtet werden müssen, kommen nur anderweitige, ebenfalls zentral gelegene Lokalitäten – vielleicht auf dem Zeughausareal – in Frage. Erst die einfache Erreichbarkeit mit dem öffentlichen Verkehr und die Nähe zu Gastronomiebetrieben machen ein Kulturlokal wirklich attraktiv. Die zentrale Lage ist auch beim Stadthofsaal die grosse Stärke. Mit dem Kauf letzteres wurde die Standortfrage für den schon lange geforderten Konzert- und Theatersaal geklärt. Zudem können nun die Entwicklungen zentral gelegener Areale langfristig auf einen in unmittelbarer Nähe gelegenen Saal ausgerichtet werden. Ambiente und Attraktivität des Stadthofsaals müssen jedoch noch erheblich verbessert werden.



Balthasar Thalmann vor dem Musikcontainer Uster: «Ich mache mich stark für eine lebendige Stadt mit einem breiten Kultur- und Sportangebot.»

Kulturkalender als effiziente Kulturförderung

Ein breites Kulturangebot bedarf auch der finanziellen Unterstützung durch die öffentliche Hand. Für Förderbeiträge, Leistungsvereinbarungen etc. zugunsten der Amateur- wie auch Profikultur und insbesondere der Jugendarbeit sind ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Häufig genügt schon ein relativ bescheidener Betrag, um ein Angebot zu ermöglichen.

Ein effizientes Mittel der Kulturförderung ist zudem eine attraktive und koordinierte Kommunikation. Mit einem Kulturkalender soll die Ustermer Bevölkerung auf einen Blick vom reichhaltigen Kulturangebot erfahren und vermehrt statt die S5 nach Zürich das Velo für ein Konzert im Musikcontainer nehmen.

Mit einer Kletterhalle auf dem Weg zur Sportstadt

Sport ist eine Lebensschule. Gerade die Arbeit in den Jugendabteilungen ist bezüglich Suchtprävention, Integration und Entwicklung für die Gesellschaft äusserst wertvoll. Die Politik hat dafür geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen, insbesondere betreffend das Angebot von genügend und geeigneten, zeitgerecht zu er-

neuernden Infrastrukturen sowie das Würdigen der Arbeit der Trainerinnen und Trainer.

Das Hallenklettern hat in den letzten Jahren einen wahren Boom erlebt. Nicht umsonst entstand in Schlieren die grösste Kletterhalle Europas. Diese ist jedoch dauernd überlastet und bedeutet gerade für Jugendliche aus Uster und Umgebung eine lange Reise. Aus diesem Grund hat sich bereits eine grosse Interessensgemeinschaft für eine neue Kletterhalle im Oberland gebildet – was derzeit noch fehlt ist ein geeigneter Standort. Das frei werdende Zeughaus Winikon oder ein Bauplatz neben der Tennishalle im Buchholz wären dafür ideale Standorte. Eine intensive Benutzung dieser Halle durch KletterInnen, SportlerInnen und Schulen ist so gut wie sicher. Mit einer Kletterhalle könnte sich Uster noch viel besser als Sportstadt profilieren – die Bevölkerung und Sportwelt wäre dankbar dafür.

Balthasar Thalmann (1976, Kirchuster) ist dipl. Kulturingenieur ETH und arbeitet als Raumplaner.

Er ist Präsident der Stadtmusik Uster und Kursleiter bei insieme Zürcher Oberland. Er kandidiert auf der SP-Liste auf Listenplatz 12.

Wir machen uns stark für...

...eine Stadt mit einer guten Schule:

- Die Stadt Uster sorgt für ein Ganztagesangebot an schulergänzender Betreuung mit Mittagstischen und Aufgabenhilfen.
- Die Stadt Uster führt an der Primar- und Oberstufe Schulsozialarbeit ein.
- Die Stadt Uster setzt sich für eine kulturelle Vielfalt ein und entwickelt die Stadtbibliothek zu einem kulturellen Begegnungsort.

...eine Stadt mit hoher Lebensqualität:

- Die Stadt Uster führt flächendeckend Tempo 30 in den Wohnquartieren ein und fördert den Langsamverkehr im Zentrum.
- Die Stadt Uster kauft das Zeughaus-Areal und realisiert hier zusammen mit Baugenossenschaften ein städtebaulich hochwertiges Quartier und schafft Raum für kulturelle Zwecke.
- Die Stadt Uster setzt sich aktiv für die Erhaltung eines intakten Lebensraums für Mensch, Tier und Pflanzen ein.

...eine Stadt mit gelebter Solidarität:

- Die Stadt Uster fördert aktiv die Integration von Migrantinnen und Migranten in die Gemeinschaft.
- Die Stadt Uster unterstützt die Vereine durch ideelle und finanzielle Beiträge.
- Die Stadt Uster schafft öffentlichen Begegnungs- und Lebensraum.

...eine Stadt mit finanzpolitischem Augenmass:

- Die Stadt Uster investiert gezielt in die Standortfaktoren Bildung, familienergänzende Betreuung, öffentlicher Verkehr, Kultur und Sport.
- Die Stadt Uster setzt sich aktiv für eine ausgleichende und gerechte Steuerpolitik ein.
- Die Stadt Uster hinterfragt ihre Leistungen, sie spart aber nicht bei den sozial Benachteiligten.



Auch ich will mich für Uster stark machen...

Ja, ich will Mitglied der SP Uster werden.

Ich will mehr erfahren über die SP. Senden Sie mir bitte weitere Unterlagen.

Name: _____ Vorname: _____

Adresse: _____ PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und einsenden bitte an: SP Uster, Postfach, 8610 Uster

Oder nehmen Sie übers Internet Kontakt mit uns auf: www.sp-uster.ch

Gemeindewahlen vom 12. Februar 2006

So wählen Sie richtig!

Stadtratswahlen:

Wahlzettel
für die Wahl
von sieben Mitgliedern des Stadtrates und des Stadtpräsidiums
für die Amtsdauer 2006-2010

 **uster**

7 Mitglieder:

1. **Martin Bornhauser**
2. **Esther Rickenbacher**
3. **Barbara Thalmann**
4. —
5. —
6. —
7. —

Präsidium:
Martin Bornhauser

Stimmen, die für eine Person als Präsidentin oder Präsidenten abgegeben werden,
für welche nicht gleichzeitig als Mitglied gestimmt wird, sind ungültig.

Anmerkung: Die Namen der Personen, die gewählt werden sollen, sind
handschriftlich und so deutlich einzutragen, dass kein Zweifel darüber bestehen
kann, wer gemeint ist.

Gemeinderatswahlen:

Liste 1 – Sozialdemokratische Partei Uster/SP Uster
unverändert einwerfen.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung! SP Uster